:antifaschistische nachrichten Nr. 12

g 3336 15.6.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Aus dem Redebeitrag Schalker Fan-Initiative

Die Schalker Fan-Initiative und die anderen Unterzeichner haben nicht nur zu dieser Demonstration aufgerufen, weil die WM gerade läuft. Und weil die Welt wirklich zu Gast bei Freunden sein soll.

Wir sind hier, weil die Kundgebung der NPD zu jeder Zeit eine Beleidigung für Gelsenkirchen und für die Schalker Fans ist. Auch wenn der Titel „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre“ harmlos klingt, wissen wir, was das Motiv hinter der Veranstaltung ist: Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit. Das Motto und die Reden richten sich nur vordergründig gegen Kapitalismus und Globalisierung. Wer in den letzten Monaten genau hingehört hat, weiss, dass es im Kern um Nationalismus und eine „gesunde deutsche Volksgemeinschaft“ geht. Gerade in Gelsenkirchen und auf Schalke ist das mehr als ein schlechter Witz. Die Stadt und der Verein sind mit Migranten groß geworden. Die Einflüsse aus verschiedenen Ländern haben uns geholfen. Unsere Sprache, unsere Gedanken, unser Essen sind reicher geworden. Wir haben Vielfalt statt Uniformität.

Die Stadt gehört uns, die Straßen gehören uns, und der Fussball gehört uns. Denn: Der einzige Rechtsaussen, den wir hier sehen wollen, ist Gerald Asamoah. ■

Aus dem Redebeitrag DIDF

In unserem Ruhrgebiet, das bekannt ist für sein multikulturelles Leben, ist es nicht das erste Mal, dass die Neofaschisten aufmarschieren ... Dass wir heute, Deutsche und Migranten, gemeinsam den Nazis die Stirn bieten, ist schon allein ein Beweis gegen die Lügen von Rasse und Unvereinbarkeit der Kulturen. Diejenigen, die Hass predigen, sollen sehen, dass wir Menschen über nationale und religiöse Grenzen hinweg Demokratie und Freiheit verteidigen ... Die Nazis sind nicht nur Feinde von so genannten Ausländern, sie sind Feinde eines jeden Bürgers in Deutschland, sie sind Feinde der Demokratie! ■

Aus dem Inhalt:

NPD-Demonstration am 1. Juli in München 3
Die Islamkontroverse im Rechtsaußenspektrum 9

„Der einzige Rechtsaußen, den wir hier sehen wollen, ist Gerald Asamoah“

Dem Aufruf des linken „Bündnis gegen Rechts“ (siehe letzte Antifa-Nachrichten) gegen die NPD folgten am 10. Juni rund 1.000 Personen. Während sich der Demonstrationszug durch die Innenstadt bewegte, versammelte sich auf der anderen Seite des Hauptbahnhofes der braune Haufen. Nahezu zwei Stunden mussten die knapp 130 Nazis ausharren, umringt von Bürgern meist türkischer Herkunft, die wenig Wohlwollen an den Tag legten, bis sie dann ihre Demonstration antreten konnten. Aufgrund der Gegenwehr der Bevölkerung kamen sie allerdings nicht mehr als ein paar hundert Meter und mussten, geschützt durch eine allzu martialisch auftretende Polizei, unverrichteter Dinge den Rückzug antreten. Dort und bei einem Polizeikessel an anderer Stelle kam es zu einigen Festnahmen von Antifaschisten.

Währenddessen versammelten sich rund 2 - 3000 Menschen vor dem Musiktheater um an der Veranstaltung der bürgerlichen „Demokratischen Initiative“ teilzunehmen. An einer Demonstration der MLPD beteiligten sich rund 300 Menschen. *tja* ■

Die Welt in Frankfurt – zu Gast bei Nazis?

FRANKFURT. Für den 17. Juni 2006 kündigt eine Gruppe „Nationaler Sozialisten“ einen Aufmarsch in Frankfurt Sachsenhausen an. Zum Spiel der iranischen Fußballnationalmannschaft sollen dabei Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten bejubelt werden, den sie anscheinend als Kronzeugen ihres mörderischen Antisemitismus, ihrer Leugnung des Holocaust und ihrer Bestreitung des Existenzrechts des Staates Israel heranziehen wollen.

Hinter den als Veranstaltern einer Jubeldemonstration für Ahmadinedschad genannten „regionalen freien Nationalisten“ verbirgt sich niemand anders als die „Freien Nationalisten Rhein-Main“, von denen einige vor wenigen Tagen wegen Körperverletzung (Überfall auf AntifaschistInnen im April 2005 im Ebbelwei-Quartier Frankfurt-Sachsenhausen) zu Arrest- bzw. Haftstrafen zwischen zwei Wochen und eineinhalb Jahren ohne Bewährung verurteilt wurden. Ihre Führungskader Wöll, Müller und Elser leben in Butzbach-Hochweisel. Marcel Wöll ist Anmelder der Demonstration und zentrale Figur der „Freien Nationalisten“.

Gegen deren Butzbacher „Nationales Zentrum“ hatte es im vergangenen Jahr und am 28. Januar diesen Jahres Informationsveranstaltungen und eine Demonstration mit breiter Beteiligung gegeben. Die Freien Nationalisten Rhein-Main verfügen über weitreichende Kontakte zu militanten Neofaschisten in Hessen und darüber hinaus.

Für den 17. Juni nennen sich die „Freien Nationalisten“ nun offen „Nationale Sozialisten“. Es soll dokumentiert werden: man darf sich unter Berufung auf Meinungs-, und Demonstrationsfreiheit ungestraft und mit behördlicher Duldung als Nationalsozialist bezeichnen. Alles Gerede von einem staatlichen oder gesellschaftlichen antifaschistischen Grundkonsens ist im Ernstfall völlig folgenlos. Dementsprechend hat das Frankfurter Ordnungsamt die Anmeldung der Demonstration unter diesem Namen widerspruchslos angenommen.

Es hat in den vergangenen 15 Jahren bundesweit 150-200 Todesopfer neofaschistischer Gewalt gegeben. Dieses Spektrum ist das eigentliche terroristische Potential der bundesdeutschen Gesellschaft. Es ist nicht auf den Bereich der neuen Bundesländer beschränkt, ganz im Gegenteil.

Nach wie vor werden aus Frankfurt Flüchtlinge in den Iran abgeschoben. Darunter Menschen denen wegen Homosexualität, Konversion zum Christentum oder mißliebiger politischer Betätigung Folter und Tod drohen, wie den Abschiebenden ganz genau bekannt ist. So zuletzt am 4. April 2006.

Die Abschiebungen von Zahra Kameli und Andre Aragoli konnten Aufgrund breiter Proteste in letzter Sekunde verhindert werden.

Gemeinsam mit den meisten Oppositionellen im Iran wollen wir keinen Krieg gegen Iran und lehnen jede deutsche Beteiligung daran ab.

aus Frankfurter Info ■

Zu Gast bei Freunden? DFB-Präsident Theo Zwanziger als Gesprächspartner der extremen Rechten

GELSENKIRCHEN. „DFB-Präsident Theo Zwanziger kündigte eine harte Haltung gegen Rechtsextremisten an. 'Der DFB wird sehr entschieden gegen jede Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorgehen. [...] Das schleichende Gift des Rassismus kann sehr gefährlich werden“, zitierte kürzlich der „Kölner Stadtanzeiger“ den DFB-Präsidenten Theo Zwanziger.

Und auch am 10. Juni, wenn NPD und andere Neonazis einen Tag nach dem Start der WM in Gelsenkirchen aufmarschieren wollen, wird er vor Ort sein, um sich an einer „breiten Front gegen [den] NPD-Aufmarsch“ zu beteiligen.

Doch Zwanziger – und nicht nur er – wäre gut beraten, in seiner umtriebigen Sorge um das anlässlich der WM so ersehnte „Ansehen Deutschlands im Ausland“ einmal selbstkritisch zu beäugen, welchen rechten Kreisen er selber Gelegenheit gibt, sich zu profilieren.

Alle zwei Monate steht in den Regalen vieler Bahnhofskioske eine neue Ausgabe der Hochglanzzeitschrift „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ).

Geboten werden dem Leser nicht nur extrem rechte Geschichtsfälschung und die Verehrung vermeintlicher soldatischer Helden des Zweiten Weltkriegs, sondern auch Interviews mit Persönlichkeiten aus Politik und Kultur.

„Sturm auf Moskau 1941“ titelt die DMZ in ihrer aktuellen Ausgabe Nr. 51, (Mai/Juni 2006) und präsentiert zusätzlich auf ihrem Titelblatt als Interviewpartner eben jenen Theo Zwanziger. Als Ergänzung des Artikels „Angriff und Verteidigung – Militärfußball gestern und heute“ – auf dem Titelblatt mit „Deutsche Soldaten stürmen wieder“ angekündigt – wird dieser zur Förderung von Fußballspielern durch die Bundeswehr befragt.

Blättert man eine Seite weiter, findet sich Werbung für den „Deutsche Stimme Verlag“ der NPD, der u.a. ein Werk des bundesweit bekannten Neonazis Ralph Tegethoff über die „Ritterkreuzträger des Panzerkorps Großdeutschland“ anpreist. Außerdem eine Werbung für die Postille „Der Freiwillige“, die seit vielen Jahren die Waffen-SS abfeiert Ebenfalls in der Ausgabe zu finden ist ein wohlwollendes „Soldatenportrait“ des SS-Standartenführers und belgischen Faschistenführers Leon Dégrelle.

Die DMZ arbeitet seit ihrer Gründung kontinuierlich an der Heroisierung der deutschen Wehrmacht sowie einer Revision der bundesdeutschen Geschichtspolitik. Unter den Anschein der Wissenschaftlichkeit versucht sie den Lesern, ihr extrem rechtes Geschichtsbild zu vermitteln.

„Schleichend“, wie es Theo Zwanziger ausdrücken würde. Bei einem nicht unwesentlichen Teil ihres Leserpotentials indes wäre ein „Schleichen“ gar nicht notwendig.

Wo die DMZ diesen Teil nicht zu Unrecht vermutet, zeigt eine DMZ-Werbeanzeige in der aktuellen Juni-Ausgabe der bundesweiten NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“.

„LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW“ ■

Mitten in Witten

WITTEN. In Witten haben Neonazis erneut einen Überfall begangen. Zwei 18jährige Schüler mit deutscher Staatsangehörigkeit trafen am Abend des 27. Mai auf eine achtköpfige Gruppe von Neonazis. Zwei der Männer im Alter von etwa 20 bis 25 Jahren attackierten die beiden Schüler ohne jegliche Vorwarnung und verletzten diese.

In der Vergangenheit hatte es immer wieder Pöbeleien und Übergriffe von rechten Skinheads in der Stadt gegeben.

Noch am 22. Februar hatte eine Augenzeugin im unteren Bereich der Bahnhofstraße eine Gruppe von 7 bis 10 Jugendlichen aus der Skinhead-Szene beobachtet, die volksverhetzende Lieder gesungen hatten. Die Polizei stellte daraufhin deren Personalien fest. Im Jugendhilfeausschuß der Stadt hatte ein Vertreter der Polizei zu Beginn des Jahres berichtet, das Neonazis an Wittener Haupt- und Gesamtschulen gezielt Mädchen rekrutieren würden. Mädchen seien ihnen als Multiplikatoren an Schulen von Nutzen. Nicht zuletzt als Köder für neue junge Männer. Neben der Gruppe rechter Skinheads gebe es noch eine Führungsgruppe, die aus einer Handvoll Männer im Alter von 25 bis Mitte 30 Jahren bestehe, die eine durch und durch gefestig-

NPD-Demonstration am 1. Juli in München

MÜNCHEN. **Die Proteste gegen und die Berichterstattung über den geplanten NPD-Aufmarsch konzentrieren sich derzeit leider hauptsächlich nur auf den Zeitpunkt der Demonstration und ihren möglicherweise für das Ansehen Münchens im Ausland schädlichen Ausdrucks.**

Der rassistische Hintergrund dieser neonazistischen Veranstaltung kommt dagegen kaum zur Sprache. In den kurzen Texten zur „Kampagne 2006: Deutschland in Frieden und Freiheit“ der NPD kommen alle nazistischen Klischees und ideologischen Vorstellungen wenig verhüllt zum Ausdruck.

Unter der Schlagzeile „Masseneinwanderung ist Völkermord“ macht die NPD die Schuldigen für eine angebliche „Vernichtungspolitik gegenüber dem deutschen Volk“, in der „von den Besatzern eingesetzten Medienmafia“, hinter der das internationale Großkapital stehe, sowie in der „von den Alliierten umerzogenen“ Politikerklasse aus. Eine Liberalismus- und Globalisierungskritik führt dann zum eigentlichen Kern der Kampagne, der Forderung nach „Völkertrennung“ und kultureller Abschottung, also nichts anderes als das Bestreben nach „nationalistischer Volksgemeinschaft“ und „rassischer Homogenität“.

Ganz praktisch und im Sinne ihres Mottos „Rückkehr statt Integration“ fordert die NPD dann noch die Einrichtung von Internierungslagern „für abgelehnte Asylbewerber, wiederholt straffällige Ausländer und langzeitarbeitslose Ausländer“.

„Es ist eben keine „gruselige Neonazi-Show“ wie manche derzeit kundtun, sondern eine wohl kalkulierte neonazistische Propagandaaktion, die sich der klammheimlichen Zustimmung des rassistischen Teils der gesellschaftlichen Mitte Deutschlands sicher glaubt“, meint Uli Schumann, Sprecher des A.I.D.A.-Archivs.

Die Demonstration durch die Münchner Innenstadt wurde von Norman Bordin angemeldet. Bordin, Anführer der Kameradschaft Süd bzw. München, macht derzeit eine beachtliche Funktionärskarriere. Ende April wurde er in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Jungen Nationaldemokraten/JN Bayern, der Jugendorganisation der NPD, zu deren Vorsitzenden gewählt.
Am 21. Mai schließlich rückte er auf dem NPD-Landesparteitag im mittelfränkischen Gremsdorf als Beisitzer in den Landesvorstand. Als Redner werden derzeit Uwe Meenen und Thomas Wulff angekündigt. Der Würzburger NPD-Kreisvorsitzende Uwe Meenen tritt in letzter Zeit hauptsächlich als Immobilienkäufer für die NPD in Erscheinung. Ende März erwarb Meenen treuhänderisch für die NPD in Cham, laut Zeitungsberichten für 1,2 Millionen Euro, ein Gelände, auf dem Parteitage und Schulungen stattfinden sollen. Ob es dazu kommt oder Meenen, wie schon im April 2005, als er 500.000 Euro für eine Halle in Grafenwöhr bot, wieder am Vorkaufsrecht der Stadt scheitert, ist gerade umkämpft. Von Meenen selber kann das viele Geld nicht sein. In einem Prozess 2005 gab er sein Einkommen als „selbstständiger Verlagskaufmann“ mit 600 Euro monatlich an. Ein von ihm seit Februar 2006 als Geschäftsführer betriebenes Antiquariat in Würzburg ist schon wieder geschlossen.

Meenen gründete 1991 zunächst als Partei später dann als Verein den „Bund Frankenland“. Laut Verfassungsschutz Bayern verfolgt der BF als Ziel die Beseitigung des Grundgesetzes und der parlamentarischen Demokratie.

Zusammen mit u.a. Horst Mahler gründete er das „Deutsche Kolleg“.

Mit Thomas Wulff tritt eine Person auf, die als langjähriger Weggefährte Christian Worchs nun für die Integration bzw. die Zusammenarbeit der sogenannten „Freien Nationalisten/Freie Kameradschaften“ mit der NPD steht.

Im September 2004 erklärte Wulff zusammen mit einigen anderen prominenten Neonazis (auch Norman Bordin) seinen Beitritt zur NPD, um so den „Volksfront von Rechts“-Gedanken zu unterstützen. Wulff ist seit Jahren einer der führenden Neonazis in Norddeutschland. Für Aufregung sorgte sein Aufruf an alle „Nationalen Sozialisten“, der WASG beizutreten.

Wulff war unter anderem Anführer der verbotenen Neonaziorganisation „Nationale Liste“ und nach deren Verbot 1994 kurzzeitig Mitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“.

A.I.D.A. München, Dokumentations- und Archivstelle, München e. V.
Postfach 400 123, 80701 München
mail: gregor.lewin@aida-archiv.de
Internet: www.aida-archiv.de

■

te Meinung haben. Zuletzt traten Wittener Neonazis unter der Bezeichnung „Kameradschaft Oskar Dirlewanger“, dem gleichnamigen SS-Mörder, auf und im Verbund mit Gesinnungsgenossen aus der Nachbarstadt als „Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten“. Seit der letzten Kommunalwahl sitzt die NPD mit zwei Vertretern im Rat der Stadt. Von 921 BürgerInnen wurden sie gewählt. Anläßlich des Einzugs der NPD-Vertreter in den Rat kritisierte das Wittener „Sozialforum“ auch die örtliche Presse. Diese habe die Pressemitteilungen der NPD so behandelt wie bei demokratischen Parteien und einfach alles abgedruckt. Eine kritische Hinterfragung habe nicht stattgefunden. Von Seiten der Exekutive seien die Neonazis klein geredet worden. Die Umtriebe der Neonazis in der Stadt sei von großen Teilen der Öffentlichkeit keine Bedeutung geschenkt worden. Anscheinend hat auch der Einzug von zwei Neonazis in den Stadtrat noch immer nicht zu einem Umdenken in Witten verholfen.

hma ■

Schulterschluß

BAD KISSINGEN. In der aktuellen Ausgabe der neofaschistischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ wird ein Beitrag von

Dr. Hans Doerner abgedruckt. Doerner, vor 1945 Dezernent im Danziger Senat, war in der Vergangenheit Vorsitzender der freiwirtschaftlichen „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“ und schrieb viele Jahre für die Zeitschrift „Der Dritte Weg“ der „Freisozialen Union“, heute „Humanwirtschaftspartei“. In seinem Brief an „Recht und Wahrheit“ bemerkt Doerner, das sein Beitrag gut in deren Zeitschrift passen würde, „denn in unserer politisch korrekten Presselandschaft schreibt man so etwas nicht“.

hma ■

Wir Falken wehren uns: Keine Verharmlosung rechtsextremer Gewalttaten in Braunschweig.

BRAUNSCHWEIG. Ein Artikel der Braunschweiger Zeitung vom 20.5.2006 berichtet darüber, dass der Staatsschutz Ermittlungen gegen die Braunschweiger Falken aufgenommen hätte. Das war die Reaktion auf unsere Mitteilung zu Vorfällen rechtsextremer Gewalt. Wir Falken hatten uns aufgrund zunehmender rechter Gewalt in Braunschweig an die Öffentlichkeit gewandt, um Aufmerksamkeit zu erzeugen und Gegeninitiativen zu fördern.

Wir, die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken (SJD - Die Falken) in Braunschweig, sind empört darüber, im Fadenkreuz angeblicher Ermittlungen des Staatsschutzes zu stehen. Ist dies eine Strategie, die von einer begrenzt glaubwürdigen Arbeit des Staatsschutzes ablen-

ken und somit einen Angriff auf die politisch fortschrittlichen Zusammenhänge darstellen soll? Dies kann zumindest vermutet werden, wenn die Polizei noch nach veralteten Äußerlichkeiten einer längst „modernisierten“ rechten Szene sucht, wie in der Braunschweiger Zeitung vom 4. Mai 2006 berichtet wurde.

Man übt Druck auf uns aus, weil wir nicht sagen sollen, was Tatsache ist: „Neonazistische und rassistische Übergriffe gibt es Tag für Tag“. Doch scheinen Verantwortliche so zu tun, als ob es nicht gibt, was nicht sein soll! Gerade im Fußball-WM-Jahr will man sein Nest nicht beschmutzen.

Dann werden wir erst recht die „Nestbeschmutzer“ sein!!! Denn unsere eigene Geschichte lehrt uns, wer die Täter sind und wer ihnen leichtfertig das Feld überlässt! Unser Ziel war und ist es, auf vermehrte Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Braunschweig hinzuweisen, um demokratisch gesinnten Menschen in unserer Stadt diese Realität bekannt zu machen. Immer wieder konnten so in den letzten Jahren solche gefährlichen Aktivitäten und Strukturen öffentlich gemacht und mit Engagement vieler Demokratinnen und Demokraten bekämpft werden.

Dass es eine Zunahme der Aktionen mit rechtsextremem Hintergrund gibt, ist für uns Falken weiterhin unumstritten! Die eingeschlagene Scheibe unseres Kinderzentrums in der Böcklerstraße, die SS-Runen auf derselben und der Brandanschlag auf die Räumlichkeiten der DGB-Jugend sind deutliche Anzeichen dafür.

Wir Falken protestieren entschieden dagegen, dass uns durch angebliche Ermittlungen des Staatsschutzes die Rolle von Tätern zugeschoben werden soll. Dass wir, die wir weiterhin unter Angriffen der rechtsextremen Szene zu leiden haben, nun „der Vortäuschung von Straftaten“ verdächtigt werden, ist ein klares Signal für eine bitter nötige Aufklärung, auch bei den Strafverfolgungsbehörden.

Wir, die SJD - Die Falken, fordern Politik und Behörden dazu auf, endlich glaubwürdig aktiv zu werden gegen die zunehmenden Aktivitäten der rechtsextremen Szene, anstatt einen demokratischen Kinder- und Jugendverband höchst zweifelhaft und haltlos unter Druck setzen zu wollen.

Kein Raum, keine Straße den Nazis!

Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken in Braunschweig ■

SDV in Fulda

FULDA. Der rassistische „Schutzbund für das deutsche Volk e.V.“ führt am 17.Juni an einem nicht näher benannten Ort in Fulda eine Veranstaltung durch. Die Veranstaltung findet aus Anlaß des Gründung des SDV vor 25 Jahren statt. Die damalige Gründung des Vereins stand im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des rassistischen „Heidelberger Manifest“, das in der aktuellen Ausgabe der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“ unter dem Titel „Rechtzeitig gewarnt“ noch einmal ausgiebig gewürdigt wird.

hma ■

„Lebensschützer“ in Berlin

BERLIN. Sogenannte „Lebensschützer“ wollen am Samstag, den 23.September, in Berlin demonstrieren. Unter dem Titel „1000 Kreuze für das Leben“ wollen der „Bundesverband Lebensrecht e.V.“ und „KALEB e.V.“ „an die hunderttausendfache Tötung vorgeburtlicher Menschen“ erinnern und gedenken, heißt es in dem Aufruf. Beginnend am Alexanderplatz sollen eine Kundgebung, ein Schweigemarsch und ein Gottesdienst durchgeführt werden.

hma ■

Neonazi-Aufmarsch massiv behindert

DÜSSELDORF. Über 2.500 Menschen nahmen am 3. Juni an unserer Demonstration gegen den Naziaufmarsch in Düsseldorf teil und beteiligten sich im Anschluss daran, sich den Neonazis aktiv entgegenzustellen. Auch wenn es letztendlich nicht gelungen ist, den Aufmarsch komplett zu stoppen, gelang es, den Neonazis einen Teil ihrer Route streitig zu machen. Aufgrund von insgesamt fünf Blockaden auf der Route der Neonazis musste deren Zug mehrfach von der Polizei angehalten werden, insgesamt für etwa drei Stunden. Zudem musste wegen zweier Blockaden im Bereich Oststraße/Tonhallenstraße die Route der Neonazis verkürzt werden.

Mehrere Hundert Nazigegner/innen wurden im Bereich Bismarckstraße/Oststraße über fünf Stunden eingekesselt, insgesamt 86 Gegendemonstrant/inn/en und Unbeteiligte in Polizeigewahrsam genommen bzw. festgenommen. Die Polizeitaktik beinhaltete offenbar nicht die Option, den Neonazi-Aufmarsch aufgrund der vielen Blockaden abzubrechen, wie in mehreren anderen Städten in NRW zuvor geschehen, sondern ihn auf jeden Fall durchzusetzen, wenn auch auf einer verkürzten Route.

Sowohl wegen des Polizeieinsatzes als auch wegen der zugelassenen Nazi-Parolen (u.a. „Multikulti ist Völkermord“) liegen mittlerweile mehrere Strafanzeigen gegen die Polizeiführung und gegen einzelne Polizist/inn/en, unter anderem wegen Volksverhetzung, Nötigung, Körperverletzung, Beleidigung, Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und Freiheitsberaubung vor.

An der Neonazi-Demonstration nahmen 270 Personen teil, darunter mindestens 70 aus Düsseldorf und den angrenzenden Kreisen Mettmann und Neuss. Vor Ort anzutreffen waren neben der „Kameradschaft Düsseldorf“ u.a. auch die „Nationale Front Düsseldorf L-D-U“, die „Kameradschaft Rheinland“, die „Freien Nationalisten Neuss“, die „Autonomen Nationalisten Neuss“, die NPD Mettmann, die „Autonomen Nationalisten Wuppertal/Mettmann“ sowie eine Gruppe Neonazis aus Düsseldorf-Garath und eine weitere aus Düsseldorf-Eller. Einmal mehr wird deutlich, dass es auch in Düsseldorf eine neonazistische Szene gibt, die über ein mobilisierbares Umfeld verfügt.

Organisatoren der Demonstration waren wie erwartet der Düsseldorfer Sven Skoda und der Grevenbroicher Christian Malcoci, Anmelder der ehemalige Bonner NPD-Vorsitzende Hans-Robert Klug. Als Redner traten neben Sven Skoda noch Marcel Wöll (NPD-Landesvorsitzender Hessen) und Claus Cremer (Landesgeschäftsführer und stellvertr. NPD-Vorsitzender der NPD NRW) in Erscheinung, als Einheizer betätigte sich Sascha Krolzig („Kameradschaft Hamm“, „Aktionsbüro Westdeutschland“). Politisch wurde seitens der Veranstalter, die den „Freien Kameradschaften“ zuzurechnen sind, einerseits ein deutlicher Schulterschluss mit der NPD unterstrichen, andererseits aber auch betont, dass man sich nicht als „Nationaldemokraten“ verstehe, sondern als „Nationale Sozialisten“ (Szenejargon für Nationalsozialisten). Auch viele Neonazis aus dem Kreis des NPD-kritischen „Aktionsbüros Westdeutschland“ waren erschienen.

Die Inhalte dieser Reden sowie Transparente, auf denen indirekt Bezug auf den Bombenanschlag im Juli 2000 genommen wurde, signalisierten den Aufmarschteilnehmer/innen, dass jede Form des „Widerstandes“ – von Propaganda bis hin zu Anschlägen – begrüßt wird.

Wir gehen davon aus, dass die lokale und regionale Neonazi-Szene durch derartige Aufmärsche gestärkt wird – sofern sie ungestört ablaufen – und dass es nicht bei diesem Aufmarsch bleiben wird.

Deshalb gilt es, den antifaschistischen Widerstand in Düsseldorf auszubauen.

Jürgen Schuh ■

Ungewolltes Erbe

KÖNIGSWINTER/THALE. Bauwerke, die auf die Initiative der völkisch-religiösen Bewegung zurückgehen, sind seit Beginn des 20. Jahrhunderts Bestandteil der touristischen Naherholungsgebiete Siebengebirge um den Drachenfels bei Königswinter und das Bodetal bei Thale/Sachsen-Anhalt. Gemeint sind die 1901 bei Thale erbaute Walpurgishalle und die 1913 bei Königswinter errichtete Nibelungenhalle, deren Bau von dem völkischen Mythen-Maler Hermann Hendrich (1854-1931) initiiert wurde.

Thale im Harz war einer jener mythenreichen Orte der Völkischen, deren Bewegung durch das 1899 erschienene Buch

Hamburger Naziboutique gekündigt –

Nazimode bleibt Wachstumsbranche

HAMBURG. **Der umstrittene Bekleidungsladen „Odin + Freya" in unmittelbarer Nähe zur Reeperbahn muss schließen. Mitte Mai erhielten die Betreiber des rechten Szeneausstatters in der der Talstraße die Kündigung.**

Das geht aus einem Schreiben der städtischen Rosenhof AG an die Bewohner der Talstraße 17 hervor. Zuvor hatten diese mit einer Sammelbeschwerde an den Hauseigentümer gegen den Naziladen „vor der eigenen Haustür" protestiert. Im Schreiben der Hausverwaltung, welches durch Nachfrage des NDR bestätigt wurde, heißt es lapidar: „Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass das Mietverhältnis zum 30.09.06 gekündigt ist". Der Rausschmiss setzt vorläufig einen Endpunkt unter die eineinhalb Jahre währende Auseinandersetzung um die Boutique für Nazis, Hooligans und rechtes Rockermilieu. Geschmälert wird der Ausgang der antifaschistischen Erfolgsgeschichte unter anderem dadurch, dass die dreimonatige Kündigungsfrist den Betreibern das lukrative Geschäft während der Fußball-WM im Juni und Juli noch ermöglicht.

Im Mai 2005 hatte Volker Fuchs den Laden eröffnet. Regelmäßig kam es vor dem Geschäft zu Bedrohungen, Pöbeleien und Angriffen gegen Linke, Passanten und Anwohner. Nach der großen Demonstration im September vergangenen Jahres gelang es dem Betreiber geschickt, Angst und Verunsicherung zu verbreiten und die Kritik im partiell linken Wohnumfeld zum Verstummen zu bringen. Während Fuchs seine Kontakte in die Naziszene leugnete, baute er seine Kontakte zu den Hells Angels ganz offensichtlich als Drohkulisse auf, verkaufte T-Shirts der verbotenen Rockergruppe und drohte offen mit Verbindungen ins Kiezmilieu.

Spätestens seit Fuchsens Auftreten beim Stelldichein der Hamburger Nazielite (z.B. mit dem langjährigen Nazi-Aktivisten Thorsten de Vries) anlässlich der, von den NS-Nostalgikern als „61. Jahrestag der Niederlage des deutschen Reiches" begangenen, Befreiung vom Faschismus in diesem Jahr dürfte sich die Schutzbehauptung des „unpolitischen Geschäftsmannes" erledigt haben.

„HuNaRa!" Der Schlachtruf „Hooligan, Nazi & Rassist" zu sein, wird auch weiterhin ohne eine Naziboutique in der Talstraße vor und nach Fußballspielen zu vernehmen sein, und deshalb will Volker Fuchs trotz Kündigung und Outing auch weitermachen – so jedenfalls kündigte er es gegenüber dem NDR an. Das Posing des rechten Bekleidungsspezialisten sollte ernst genommen werden, zumal dessen finanzkräftigster Zulieferer, die Firma „Thor Steinar", bundesweit expandiert. Seit Ende letzten Jahres darf sie ihr ehemals verbotenes Logo weiter verwenden. Bereits am 12.9.2005 entschied der 1. Strafsenat des brandenburgischen Oberlandesgerichtes (mit dem reizenden Aktenzeichen 1 Ss 58/05), dass das frühere Markenzeichen nicht zwingend als Kombination verfassungswidriger Kennzeichen aufzufassen sei: „Ein unbefangener, durchschnittlicher und nicht genau prüfender Betrachter ... müsste sich viel mehr nicht nur näher mit dem Gesamtlogo befassen, es in mögliche Einzelteile gedanklich aufspalten, einzelne Teile gedanklich verdecken und zudem auf die Notwendigkeit der Veränderung seines Blickwinkels um 45 Grad nach links hingewiesen werden, um aus der Kombination einer Tyrrune mit einer liegenden „Wolfsangel" das verfassungswidrige Kennzeichen der Doppelsig-Rune erkennen zu können." Noch vor gut einem Jahr kam das Amtsgericht Prenzlau zur entgegengesetzten Einachätzung, stellte das Firmenlogo unter Strafe und verurteilte eine 23-jährige Frau in Neuruppin zu 300 Euro. Weitere Verurteilungen und Stadionverbote folgten. Nach der Popularisierung der Nazimarke warten jetzt „Hooligans, Nazis & Rassisten" – ein wirtschaftlich nicht zu unterschätzendes Käuferklientel – auf die Initiative regionale Angebote für die neonazistische Bekentnisklamotte und diese, umgekehrt, auf regionale Anbieter.

kun ■

Weitere Infos zur Kampagne „gegen Naziläden"
http://www.antifainfo.de
(Antifaportal Hamburg)
http://www.stoppnazilaeden.de.vu
(Schwerpunkt Sachsen),
http://www.we-will-rock-you.tk
(aus Berlin und Brandenburg),
http://www.turnitdown.de/
(bundesweites Forum für Musik/Kultur/gegen Rechtrock).

---

von Houston Stewart Chamberlain („Die Grundlagen des 19.Jahrhunderts"), dem Antisemiten und einer der ideologischen Urväter der Nazis, mächtigen Auftrieb erhielt und den Gedanken der „germanischen Rassezucht" in weitesten Kreisen des wilhelminischen Bürgertums populär machte.

Schon damals zogen die Mythen um Hexentanzplatz und Roßtrappe im Harzort Thale die Völkischen in Scharen an.

Im Jahr der Errichtung der Nibelungenhalle bei Königswinter tagte die antisemitische „Deutschreligiöse Gemeinschaft" in Thale und benannte sich in „Germanische Glaubensgemeinschaft" (GGG) um. Ein Jahr später wurde auf dem „Allthing" der GGG in Thale Prof. Ludwig Fahrenkrog zum neuen „Hochwart" der völkisch-religiösen Gruppe gewählt. Als Versammlungsort der GGG wurde auch mehrmals das Harzer Bergtheater in Thale genutzt, das GGG-Mitglied Dr. Ernst Wachler mit Unterstützung von Hermann Hendrich gegründet hatte. Fahrenkrog, ein Verfechter des „großgermanischen Gedankens", war es auch, der 1934 auf einem Treffen völkisch-religiöser Gruppen die Auflösung des GGG zu Gunsten einer von der SS protegierten „Deutschen Glaubensbewegung" bekannt gab.
Damit wuchs zusammen, was eigentlich schon immer zusammengehört hatte.
An der feierlichen Eröffnung der von Hendrich initiierten Walpurgishalle am Rande des Hexentanzplatzes bei Thale hatte 1901 sogar Staatsminister Bötticher teilgenommen. In den zwanziger Jahren wird Hendrich zum Ehrenbürger der Stadt Thale ernannt. Inzwischen hatte der völkische Mythen-Maler auch die Halle Deutscher Sagenring in Burg an der Wupper und die Sagenhalle in Schreiberhau, wo der Maler zuletzt lebte, errichten lassen. Diese beiden Bauten haben den von den Nazis begonnenen zweiten Weltkrieg nicht überdauert.

In der Sagenhalle im Riesengebirge, als „Schutzhalle deutscher Kunst" bezeichnet, ließ Hendrich in seinen Gemälden den germanischen Wotan- mit dem Rübezahl-Sagenkreis verschmelzen. Ein eigens gebildeter „Ehrenrat", dem auch der Antisemit und Wagner-Fan Houston Stewart Chaimberlain angehörte, sponserte die Halle. Hendrich selbst gehörte 1907 zu den Mitgründern des „Werdandibund", der „das Besondere und die Seelenkraft des deutschen Volkes durch das Mittel der Kunst zu erhalten und zu stärken" versuchte. Ihn unterstützten zahlreiche völkische Künstler und Schriftsteller wie z.B. die Antisemiten H.S. Chamberlain und Adolf Bartels sowie der jungkonservative Publizist Arthur Moeller van den Bruck.

Auch dem „Tannenhäuser Kulturbund" gehörte Hendrich an, dessen Schirmherr General Erich Ludendorff sich 1923 an dem mißglückten Putschversuch von Adolf Hitler beteiligt hatte.

Dort wo heute noch Hendrich-Hallen stehen, in Thale und in Königswinter, geht man recht sorglos mit diesem brisanten Erbe um. In Thale wird die mit Runen verzierte Walpurgishalle, in der neben Gemälden von Hendrich ein vorzeitlicher Opferstein zu sehen sind, ganz offen und unkritisch eingebunden in den von der Stadt propagierten „Mythenweg Thale“ rund um Bodetal, Hexentanzplatz und Roßtrappe. Dafür wurde die Stadt mit dem „Mythen-Label“ des Harzer Verkehrsverein ausgezeichnet. Ergänzend aufgestellt wurden vor dem Rathaus ein „Brunnen der Weisheit“, der den germanischen Gott Wotan zeigt, und im Kurpark eine Skulptur von Wotans Pferd Sleipnir.

Ein derartig unkritischer Umgang mit den Frühformen des deutschen Faschismus zieht zwangsläufig Anhänger der völkischen Bewegung an.

Ein im Juli 2001 gegründeter Verein „Nibelungenhort – Förderverein des Malers Hermann Hendrich e.V.“ mit Sitz im westfälischen Billerbeck, westlich von Münster gelegen, setzt sich für den Erhalt der beiden Hendrich-Hallen und für das heruntergekommene Wohnhaus des Malers in Schreiberhau ein.

Der Verein um Elke Rohling (1.Vorsitzende), Rüdiger Kemper (2.Vorsitzender), und Yvonne und Markus Terfloth hat bereits ein Buch („Hermann Hendrich - Leben und Werk“) und eine DVD veröffentlicht, sowie eine Ausstellung über Hendrich erstellt, die eine unkritische Lobhudelei auf den völkischen Maler und sein nationalistisches und antisemitisches Umfeld darstellen.

Die Ausstellung des Vereins aus Anlaß des 150jährigen Geburtstages von Hendrich wurde im vergangenen Jahr erstmals in der Walpurgishalle bei Thale gezeigt. Angeboten wurden dort auch die Veröffentlichungen des Vereins. Materialien des Vereins findet man aber auch auf rechten Musikveranstaltungen. So wurde z.B. das Buch über Hendrich im Januar 2002 auf dem „Flammenzauber“ der rechten Neofolk-Homepage „Lichttaufe“ vorgestellt. 2003 wurde auf einem Festival des extrem rechten „Verlag und Agentur Werner Symanek“ (VAWS) in Gelsenkirchen für den Hendrich-Förderverein geworben.

Am 22. Juli will der Verein aus Anlaß des 75.Todestages von Hendrich eine Veranstaltung an der Nibelungenhalle in Königswinter durchführen. Die Städte Königswinter und Thale wären gut beraten, ein Konzept zu entwickeln, wie sie die Bauwerke und deren brisanten historischen und politischen Hintergrund künftig darstellen. An einer Kritik der völkisch-religiösen Bewegung mit ihrem Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus und ihrer Bedeutung für die spätere Errichtung der Nazi-Diktatur geht dabei kein Weg vorbei. Ansonsten besteht die Gefahr, das die Hendrich-Hallen längerfristig wieder zu Wallfahrtsorten der extremen Rechten werden. *hma* ■

4. Europäisches Sozialforum in Athen:

„Weniger aber besser“

Das 4. Europäische Sozialforum (ESF) in Athen von 4.-7.Mai hatte zwar „ nur“ 35 000 TeilnehmerInnen. An inhaltlicher Tiefe übertraf es jedoch andere Sozialforen in der Vergangenheit. Das ESF fand auf dem riesigen Gelände des alten Flughafens statt. Es wimmelte nur so von Veranstaltungen, das man/frau in dem Riesenangebot unterzugehen drohte.

Im Folgenden ist es daher nur möglich auf einige wenige „highlights“ einzugehen.

Bei der Debatte über die „Bildung einer sozialistischen Alternative zum kapitalistischen Europa“ ging der Saal über. Alex Callinicos, von der Socialist Workers Party aus Grossbritannien und Leonce Aguirre von der Ligue Communist Revolutionaire (französiche Sektion der IV.Internationale) kreuzten in solidarischer Manier die theoretischen Klingen.

Auf einem Riesen-Podium mit über 10 TeilnehmerInnen (u.a. Jean Luc Melanchon vom linken Flügel des französichen SP, die sozialistische Europaparlamentarierin Francoise Castex, Bernard Cassen von Attac France,...) wurde das aktuelle neoliberale Europa kritisch hinterfragt. Als letzter Redner setzte Horst Schmitthenner von der IG Metall klare Akzente: „Statt Privatisierungen geht es um den Ausbau des öffentlichen Sektors, um die Wiederherstellung eines „Wohlfahrtsstaats“. Statt einem „Bollwerk Europa“ und zunehmender Aufrüstung ist der Aufbau eines friedlichen Europas notwendig. Der Weg dort hin führt über Diskussion und gemeinsame solidarische Aktion – von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Linken“.

Regen Zulauf fand eine Veranstaltung, die sich dem aktuellen Rechtsextremismus/Rechtspopulismus in West- und Osteuropa widmete. In ihrem Rahmen wurde auch die – im Vorjahr in Köln gegründete – internationale „Initiative gegen modernen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ vorgestellt. Die Initiative setzt sich neben Informationsaustausch und theoretischer Analyse zum Ziel, „auch praktische Schritte zu erleichtern“: ein Kristallisationspunkt ist der Versuch von rechts-rechten Parteien bei den Europawahlen 2009 eine gemeinsame, europaweite Liste zu bilden (HC Strache und Andreas Mölzer sind dabei die Strippenzieher).

Ein weiterer Publikumsmagnet: „Soziale Bewegungen, linke politische Parteien und progressive Regierungen in Lateinamerika.“ Neurri Rosetto von der brasilianischen Landlosenbewegung MST gab einen prägnanten Überblick über die versteinerten sozialen Verhältnisse in seinem Land und die enttäuschten Hoffnungen nach der Übernahme der Präsidentschaft durch Lula.

Der Sozialwissenschafter Michael Löwy traf dabei eine wichtige Unterscheidung: „Die progressiven Regierungen sind unterschiedlicher Natur: die sozialliberalen wie Lula oder Kirchner in Argentinien machen zwar einige fortschrittliche Reformen, akzeptieren jedoch das neoliberale Modell. Anders ist es bei Evo Morales in Bolivien und Hugo Chavez in Venezuela – sie streben einen Bruch mit dem Neoliberalismus an und optieren für einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“.

Die abschließende Demo umfasste 70000 TeilnehmerInnen – wobei das Säbelrasseln gegen den Iran und die neoliberale Abbaupolitik („prekär arbeiten und leben“) im Zentrum standen.

Um sich einen Begriff von der Breite der Sozialforums zu machen – nur ein Beispiel: beim Weg ins Pressezentrum drückt mir ein junger griechisch-othodoxer Priester ein Flugblatt in die Hand: „Nein zum Krieg gegen den Iran!“ – unterzeichnet mit: „Die kämpferische Priesterbewegung“.

Hermann Dworczak ■

Moderner Rechtsextremismus und Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs

Methodische Vorbemerkung

Gerade so ein schillerndes Phänomen wie der moderne Rechtsextremismus bzw. Rechtspopulismus bedarf einer differenzierten Betrachtungsweise. Impressionistische Momentaufnahmen helfen nicht weiter, ja führen geradezu in die Irre. Was Not tut, ist eine umfassende, „prozesshafte“ Analyse – wie sie etwa Robert O. Paxton in seinem Standard-Werk „Anatomie des Faschismus“ geliefert hat (1). Die folgenden Thesen, die sich schwerpunktmäßig auf Österreich konzentrieren, orientieren sich an solch einer Sichtweise – auch wenn eine umfassende Behandlung des Themas den Rahmen der abrisshaften Behandlung sprengen würde.

1.

Vor einigen Jahren schien es so, als würden die Bäume des modernen Rechtspopulisten Jörg Haider und seiner FPÖ geradewegs in den Himmel wachsen. Um die Jahrtausendwende ergatterte er bei den Nationalratswahlen 27 Prozent der Stimmen. Die FPÖ wurde zweitstärkste Partei und bildete mit der konservativen ÖVP eine Koalitionsregierung. Nicht wenige internationale Beobachter befürchteten eine „Haiderisierung Europas“. Nach nicht einmal sechs Jahren ist von dieser vorgeblichen „Himmelsstürmerei“ kaum etwas übrig geblieben. Quer zu aller populistischen Rhetorik betrieb die FPÖ neoliberale Politik. Sie verlor mittlerweile sämtliche Wahlen – mit der (wichtigen) Ausnahme Kärntens. Dort verhalf eine politisch gänzlich orientierungslose Sozialdemokratie Haider dazu, weiter das Amt des Landeshauptmanns zu bekleiden.

2.

Die neoliberale Realpolitik und die permanenten Wahldebakel führten in der FPÖ zu einer Formierung der rechtsextremen Hardliner (von Haider pikanterweise als „Talibans“ bezeichnet), zur Spaltung der FPÖ und zur Gründung des BZÖ („Bewegung für die Zukunft Österreichs“) durch Haider & Co. Das BZÖ erweist sich jedoch als das, was es von Anfang war: als abgehobenes Reißbrettkonstrukt. Es setzte eine Wahlniederlage nach der andern, in einigen Bundesländern reichten die Ressourcen nicht, um überhaupt zu den Wahlen anzutreten...
Derzeit wird das BZÖ bundesweit bei ca. 3 Prozent gehandelt. Die „Alt-FPÖ“ unter ihrem neuen „Führer“ Hans Christian Strache konnte sich bei rund 9 Prozent stabilisieren (in Wien bei den Kommunalwahlen 2005 waren es – mit einem offen rassistischen Wahlkampf – gar 15 Prozent!)

3.

Der relative „Erfolg“ der FPÖ und Straches hat tiefe strukturelle Ursachen. Nach 1945 war die FPÖ fast ausschließlich ein Auffangbecken für Ewiggestrige. Haider selbst hatte den kurzzeitigen wirtschaftsliberalen FPÖ-Chef Norbert Steger in den 80er Jahren in die politische Wüste geschickt.

Den pseudoliberalen Anwandlungen Haiders fehlt jegliches fundamentum in re. Das beträchtliche fremdenfeindliche und rassistische Potenzial in Österreich fühlt sich durch die „alte“ FPÖ weit eher angesprochen als durch das konturlose „orange“ BZÖ.

4.

Bereits im 19. Jahrhundert versandete der politische Liberalismus in Österreich nach einem kurzen Aufflackern rapid. Im zwanzigsten Jahrhundert war er zumeist stramm deutschnational – mit allen bekannten Folgen...

Es ist daher nur folgerichtig, wenn sich Haider in letzter Zeit wieder verstärkt auf sein traditionelles Rabaukentum besinnt – etwa in der Frage der zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten, wo er offen die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs desavouiert.

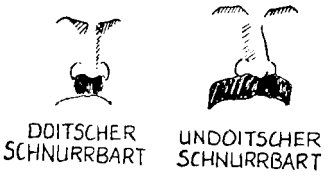
5.

Das Oszillieren des österreichischen modernen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist durchaus mit internationalen Entwicklungen konform. Generell ließe sich sagen, dass der Regierungseintritt von Rechtspopulisten bzw. die Unterstützung von Mitte-Rechts-Kabinetten „von außen“ zumeist ihren Niedergang beschleunigt (Österreich, Niederlande, Portugal,...). Aber in einigen Ländern ist dies nicht der Fall: etwa Norwegen oder Blocher in der Schweiz.

6.

Ebenso könnte generalisiert werden, dass in Westeuropa die „große Stunde“ des Rechtspopulismus fürs erste vorbei ist. Und dass eher wieder Rückgriffe auf klassisch rechtsextreme Politikformen erfolgen (NPD in der BRD, Strache-FPÖ, die Versuche – insbesondere des FPÖ-Europaabgeordneten Andreas Mölzer – eine europaweite rechts-rechts-Liste für die EU-Parlamentswahlen 2009 zustande zu bringen – inklusive des Front National Le Pens,...).

Solch eine Generalisierung ist aber selbst für Westeuropa (in Polen ist erst jüngst der Rechtsextremismus/Rechtspopulismus zu Regierungsehren gekommen) mit großer Vorsicht zu genießen: eine durchaus mögliche neuerliche Konjunktur Le Pens bei den kommenden Präsidentenwahlen, das spezifische Phänomen Sarkozy, der flämische Vlaams belang oder die weitere politische Entwicklung Berlusconis werden durch solch eine allgemeine Einschätzung nicht oder nur unzureichend erfasst.



7.

Infolge des Andauerns der – weltweiten – neoliberalen Offensive im Besonderen und der Zuspitzung der Widersprüche des aktuellen Kapitalismus im Allgemeinen werden wir weiter mit einer Fülle von rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Politikansätzen rechnen müssen – mit allen Auf und Abs bzw. Zick-Zacks. Die individuelle und kollektive Perspektivlosigkeit, die „Prekarisierung der Arbeit und des Lebens“, ja das zunehmende Chaos, das die bürgerliche Gesellschaft produziert, ist der ideale Nährboden dafür. Der „Neoliberalismus light“ der Sozialdemokratie bzw. der Grünen kann dem kaum etwas entgegensetzen. Wer dauernd soziale Kälte erfährt, greift nur allzu gern nach den „Heimat“ vorgaukelnden rechtsextremen und rechtspopulistischen Identifikationsmustern.

8.

Um hier politisch gewappnet zu sein, bedarf es zuallererst einer tiefen, nicht auf Oberflächenerscheinungen fußenden Analyse. Solch eine Analyse kann nur im internationalen Kontext erfolgen. Aus diesem Grund wurde im Vorjahr in Köln die – internationale – „Initiative gegen modernen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus „gegründet und auf dem 4. Europäischen Sozialforum in Athen (4.-7.Mai 2006, s. auch Artikel S. 4 in dieser Ausgabe der AN) einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Initiative versteht sich als offenes Netzwerk (ohne jeglichen Alleinvertretungsanspruch!). Außer fundierter Analyse sind ihre MitstreiterInnen um die „Erleichterung praktischer Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ bemüht. So wichtig Aufklärung und Ideologiekritik sind, sie allein werden keine tragfähigen, politisch relevanten Antworten von links ergeben.

„Die Waffe der Kritik, kann die Kritik der Waffen nicht ersetzen.“ (Karl Marx).

26.5.06, Hermann Dworczak ■

(1) Robert O. Paxton: Anatomie des Faschismus. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2006. 447 Seiten.

„Bozkurt“ an Kölner Schulen

Selbstethnisierung als Barriere zur gesellschaftlichen Partizipation

Während an Berliner Hauptschulen ein mediales Bedrohungsszenario aufgeworfen wird und Bildungspersonal schon den Konkurs angekündigt hat, haben an Kölner Schulen türkische Rechtsnationalisten, die sich auch als „Bozkurtlar“ (Graue Wölfe) bezeichnen, längst ihre eigene Leitkultur etabliert. Zu beobachten ist, dass der Einfluss extrem rechter türkischer Organisationen wie ADÜTF/Türk Federasyon (Föderation der Idealistenvereine in Europa), ATIB (Türkisch Islamische Union Europa) und ANF (Föderation der Weltordnung in Europa) seit Mitte der 90er Jahre auch in Köln einen Zuwachs verzeichnen.

Vor allem haben sich diese Organisationen und Netzwerke überall zu Selbsthilfeorganisationen entwickelt, die starken Einfluss auf Fußballclubs, Moscheen, Ausländerbeiräte und das soziale Leben der türkischsprachigen Zuwanderer ausüben und vor allem auch eine wichtige Basis unter Jugendlichen der jüngeren Generation gewinnen konnten. Sie propagieren hier eine Selbstethnisierung, die einen Rückzug in die eigenen „ethnischen Nischen“ fördert und den Begriff des „Europäischen Türkentums“ zur Kernideologie für die türkisch-nationale Identität in der Migration macht. Ebenso werden aus dem Mutterland Türkei verbreitete nationalistische Ideologien gegen ethnische Minoritäten (Kurden, Armenier u.ä.) verbreitet und zu Konfliktthemen gemacht.

„In Deutschland haben sie uns mit Zwang daran erinnert, dass wir Türken sind.“

„In Deutschland haben sie uns mit Zwang daran erinnert, dass wir Türken sind. (…) Ich habe dann auch den Verein Ülkü Ocagi kennen gelernt. Habe in diesem Verein fünf mal die Woche Kampfsport betrieben und hing hier viel rum. (…) Ich war damals 15 Jahre gewesen. Dann habe ich hier Vereinsseminare besucht und heute identifiziere ich mich ganz mit der Ideologie der Grauen Wölfe“ erzählt der 24jährige Kalker Yusuf. Für ihn sind es die vielfältigen Ausgrenzungserfahrungen, die seinen Rückzug aus den Werten dieser Gesellschaft ausgelöst haben. Für den 22jährigen Mülheimer Ahmet, der seine politische Identität als Jugendleiter im Türkischen Idealistenheim in Köln-Mülheim gefunden hat, sind es nahezu ähnliche Gründe: „…weil ich erstens Türke bin. Also, das steht fest. Schon seit meiner Kindheit werde ich hier als Knoblauchfresser beschimpft. So kann ich mich nicht an die deutsche Kultur adaptieren. Also, lieber setze ich mich in eine türkische Klasse, denn ich denke türkisch, lebe türkisch und spreche türkisch. Hier lernen Jugendliche, dass sie Türken sind. Richtige Türken sollen sie werden.“ Der 17jährige Schüler Alperen aus dem Idealistenheim der Weltordnung in Köln-Ehrenfeld sieht seine türkische Identität in der strikten Verbindung mit dem Nationalismus: „… wenn man Türke sagt, dann muss es also nationalistisch sein. Türke ist jemand, der sein Volk, Koran, Allah, Stolz, Ehre, Traditionen, Land, Fahne, seine Vergangenheit kennt. Die Bedeutung der 3-Halbmonde ist: Moral, Glaube und Gerechtigkeit. Wenn alles zusammenkommt, dann ist man ein richtiger Türke.“

Das Bild mit denen all diese Jugendlichen ihre Vorstellungen vom „idealen Türken“ beschreiben, stützt sich auf die Mythologie des Grauen Wolfs, jenes legendären Tiers, dass die Türkstämme vor der Unterjochung des Feindes gerettet und es von China nach Kleinasien geführt hatte. „Der Graue Wolf passt ganz zum Türken. Er ist unser nationales Symbol. Den Wolf kann man nicht anketten oder einsperren, auch also den Türken nicht. Er lässt sich nicht anketten, befehlen und unterdrücken. Er würde aufstehen und auf den Tisch hauen“ bekräftigt der 17jährige Cem aus Bickendorf, der mehrere Male aus der Schule flog und sich durch Gewalt Respekt verschafft. „Gelernt habe ich in dem Verein den Deutschen zu zeigen, dass wir Türken und Moslems sind, gelernt habe ich nicht zu fluchen und Respekt vor Älteren zu haben und auch unsere wahre nationalistische Geschichte habe ich gelernt“ erzählt er.

Chancenungleichheit führt zum Rückzug in die „ethnischen Nischen“

Begleitet werden diese Jugendbiographien von Ausgrenzungserfahrungen, Perspektivlosigkeit, Schuldefiziten und Chancenungleichheit auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Erfahrungen haben ebenso gezeigt, dass Chancenungleichheit und Diskriminierungserfahrungen von Migrantenjugendlichen häufiger dazu führen, dass sie sich mehr denn je aus der Mehrheitsgesellschaft und von ihren Werten abgrenzen, zurückziehen und ihre „eigene Welt” in der ethnischen Parallelgesellschaft suchen. Öffentlich-politische sowie mediale Diskurse und Debatten wie z.B. über das pauschalisierte Gewaltbild von jungen Migranten, das Zuwanderungsgesetz, die Leitkultur, die Kopftuchdebatte, das Feindbild „Islam”, der Bau der Ehrenfelder Großmoschee u.ä. schaffen die Basis für eine gesellschaftliche Polarisierung und den Rückzug in die „ethnischen Nischen” bzw. in die Parallelgesellschaft.

Die Konsequenzen dieser Distanz-Ideologie sind gegenwärtig am stärksten in den Schulen spürbar. So auch in zahlreichen Kölner Schulen mit hohem türkischsprachigen Migrantenanteil. Aus den lokalen und überregionalen Medien konnte entnommen werden, dass Jugendliche aus dem Umfeld der Grauen Wölfe/MHP (Nationalistische Bewegungspartei in der Türkei) Lehrer provozieren, bedrohen und den Unterricht torpedieren. Unter Druck stehen vor allem auch Lehrer für den muttersprachlichen Türkischunterricht sowie Lehrer kurdischer Abstammung, die von diesen Jugendlichen zur Zielscheibe gemacht werden. Immer mehr Lehrer berichten, dass muslimische Jungen und Mädchen gemeinsame Schulaktivitäten verweigern. Wenn Lehrer dies nicht dulden und ebenso den türkischsprachigen Mädchen außerdem das Tragen des Kopftuchs verbieten, laufen sie aber Gefahr, bei diesen Jugendlichen das Gefühl noch zu verstärken, nicht dazu zu gehören. Häufig beklagen Lehrer, dass es zu diesem Thema wenig Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit gibt, so dokumentierte es auch die Kölner Mitgliederzeitung der Lehrergewerkschaft GEW. Vielen Lehrern ist es nicht bewusst, was für politische Inhalte und Strategien sich hinter den Grauen Wölfen verbergen. Die meisten von ihnen kennen nicht einmal die Symbole der Grauen Wölfe oder MHP. Benötigt wird gerade in diesem Zusammenhang mehr Informations- und Aufklärungsmaterial, das mit pädagogischen Präventions- und Interventionskonzepten begleitet werden muss.

Schlußfolgernd ist zu sagen, dass die oben skizzierten Zusammenhänge eine neue Qualität von Rechtsnationalismus, nämlich den ethnischen Nationalismus auf bundesrepublikanischem Terrain etabliert haben. Nun kommt es darauf an, sich über die bisherigen Konsequenzen, Ursachen sowie Misserfolge bewusst zu sein und Jugendlichen wie Yusuf, Ahmet, Alperen u.a., die ihre Identität in ethnisch-nationalistischen oder islamistisch-fundamentalistischen Strukturen entwickelt haben, stärker für demokratisch-plurale Grundwerte zu gewinnen, die über nationale Grenzen und Leitkulturen hinwegschauen müssen.

Dr. Kemal Bozay ■

Frankreich:

Die Islamkontroverse im Rechtsaußenspektrum

Anders als Teile des Front National, die auch Antisemitismus im politisch-ideologischen Kampf nicht scheuen, konzentriert sich Philippe de Villiers' Rassismus hauptsächlich, ja – im öffentlichen Diskurs – fast ausschließlich auf die moslemischen Einwanderer in Frankreich und Europa.

In seiner Kandidaturerklärung zur kommenden Präsidentschaftswahl im April 2007, die er am 11. September 2005 – und wohl nicht zufällig hatte er das Datum auf diesen Tag gelegt – prangerte Philippe de Villiers scharf die von ihm behauptete „Islamisierung Frankreichs" an. Unter diesen Begriff packt Philippe de Villiers unterschiedslos verschiedene Phänomene, von der bloßen Anwesenheit (einer „zu großen Zahl") von Einwanderern aus überwiegend moslemisch geprägten Ländern über die Pläne zu einem Eintritt der Türkei in die EU bis hin zu den Aktivitäten islamistischer und/oder terroristischer Bewegungen.

Im April 2006 knüpfte Philippe de Villiers erneut öffentlichkeitswirksam an dieses Thema an, indem er ein Buch im Verlag Albin Michel veröffentlichte, das Ängste wecken und und schüren möchte. Unter dem Titel ‚Les Mosquées de Roissy'(„Die Moscheen von Roissy"; in der Pariser Vorstadt Roissy liegt der Flughafen Charles de Gaulle-Roissy) breitete de Villiers sich auf 250 Seiten darüber aus, welch immensen Gefahrenherd der Pariser Großflughafen Roissy angeblich berge. Die „Islamisierung" des Personals – Philippe de Villiers spricht in diesem Zusammenhang wörtlich von einer „religiösen und ethnischen Apartheid", die zu Ungunsten der Nichtmuslime praktiziert werde – führe zum Schwindel erregenden Anstieg der Terrorismusgefahr. So behauptet de Villiers: „Ein Mitglied des Personals, das in den Sicherheitszonen arbeitet, kann ohne jegliche Kontrolle ein Gepäckstück mit Sprengstoff in den Gepäckraum eines Flugzeugs legen." Ferner behauptet Philippe de Villiers, Zugang zu einer geheimen Studie des polizeilichen Nachrichtendiensts RG (Les Renseignements Généraux), der ähnliche Aufgaben wahrnimmt wie die Verfassungsschutzämter in Deutschland, gehabt zu haben. Dies wurde durch die RG jedoch alsbald dementiert.

Kritische Recherchen ergaben jedoch ziemlich schnell, dass die präsentierten Informationen hinten und vorne nicht stimmten. Die moderate Boulevardzeitung *Le Parisien* etwa zog in ihrer Ausgabe vom 28. April die Herkunft des Dokuments in Zweifel, und das linke Wochenmagazin L'Humanité Hebdo publizierte am 18. Mai 06 eine umfangreiche „Gegenrecherche". Den vorliegenden Ergebnissen zufolge stammt die angebliche Studie, auf die Philippe de Villiers sich berief, nicht von den RG. Es handelt sich vielmehr um ein inoffizielles Dokument, das im Auftrag des Inlandsgeheimdiensts und Spionageabwehrdiensts DST (Direction de surveillance du territoire) erstellt worden war. (Philippe de Villiers hat inzwischen auch öffentlich zugegeben, dass seine Quellenangabe – die die Herkunft seiner „Studie" dem RG zuschrieb – falsch sei; und schob nunmehr nach, dass er angeblich durch die DST informiert worden sei.)

In dem Originaldokument der DST geht es auch überhaupt nicht um Terrorismus. Vielmehr hatte der Nachrichtendienst eine Kanzlei für Wirtschaftsspionage bzw. -aufklärung, C3P, damit beauftragt, über Diebstähle durch das Flughafenpersonal und Vetternwirtschaft bei der Einstellungspraxis zu ermitteln. „Islamistische Propaganda/Missionierung haben wir nicht festgestellt", erklärte C3P-Direktor Patrick Séguy ausdrücklich. *(vgl. Nouvelobs.com, Homepage des Wochenmagazins, Nachricht vom 28. April 2006).* Ganz im Gegensatz zu dem, was Philippe de Villiers später behauptet!

Dass der Inlandsgeheimdienst sich für solche Dinge interessiert, erklärt sich daraus, dass der gesamte Flughafenbereich als „hoch sensible" Zone gilt und deshalb intensiv durch unterschiedliche Nachrichtendienste durchleuchtet wird. Infolge der Studie konnten tatsächlich einige Diebstähle aufgeklärt werden, es kam zunächst zu 30 Verhaftungen, aber sechs der Festgenommenen erwiesen sich später als unschuldig. 4 Personen wurden strafrechtlich verurteilt, gegen die übrigen Betroffenen halten die gerichtlichen Untersuchungen an. Infolge der Ermittlungen für den Nachrichtendienst erhärtete sich ferner der Verdacht, dass es bei bestimmten Firmen, die vom Flughafenbetreiber als Subunternehmen in der Gepäckabfertigung eingesetzt werden, eine Einstellungspraxis aufgrund von „Seilschaften" gegeben hatte. Demnach wurden rund 100 Personen, die alle aus derselben algerischen Kleinstadt (Gazhaouet) stammen, bei derselben Subfirma eingestellt, da Familienmitglieder oder ehemalige Dorfnachbarn sich für die Einstellung dieser Zuwanderer eingesetzt hatten.

Bei Philippe de Villiers wird daraus jedoch das terroristische „Netzwerk von Gazhaouet“, was völliger Unfug ist. Generell lässt sich feststellen, dass die Methode des Grafen de Villiers als Buchautor darin besteht, Fakten unterschiedlicher (sozialer, ökonomischer) Natur in sein vorgegebenes ideologisches Schema einzupassen und im Sinne einer „moslemischen Verschwörung“ zu deuten. Aus der überdurschnittlich häufigen Einstellung maghrebinischer Immigranten bzw. maghrebinischstämmiger Einwandererkinder mit französischem Pass, die sich leicht durch sozio-ökonomische Faktoren erklären lässt (es handelt sich um „undankbare“, schlecht bezahlte Jobs unter schlechten Arbeitsbedingungen, die bei „gebürtigen Franzosen“ höchst unbeliebt sind) interpretiert er ein angebliches „islamisches Komplott“ heraus.

Im Übrigen abstrahiert de Villiers’ Darstellung der Abläufe am Flughafen, wo 80.000 Menschen arbeiten, doch sehr weit von den Realitäten vor Ort. Denn derart „unkontrolliert“, wie Philippe de Villiers behauptet, kann dort niemand wirken: Um überhaupt im Sicherheitsbereich tätig sein zu können, benötigt jeder abhängig Beschäftigte eine spezielle maschinenlesbare Karte, die er am Arbeitsanzug befestigen muss. Die Ausgabe wird in enger Absprache mit den am Flughafen tätigen Polizeikräften sowie dem polizeilichen Nachrichtendienst (den RG) vorgenommen, ihr Besitz wird streng kontrolliert. In der sozialen Praxis liegen die Dinge oftmals so, dass die Drohung mit dem Entzug dieser Karte – die der Arbeitgeber einer Subfirma durch einen einfachen Anruf bei der Polizei, die den maschinenlesbaren Arbeitsausweis daraufhin sofort sperrt, auslösen kann – als probates Erpressungsmittel eingesetzt wird. Es erspart den Arbeitgebern nämlich, die Kündigungsschutzregeln einzuhalten: Wer einen unliebsam gewordenen oder (etwa im Zuge eines Streiks) negativ aufgefallenen Beschäftigten los werden möchte, braucht gar nicht erst ein Kündigungsverfahren einzuleiten, sondern sorgt einfach für die Sperrung des Sicherheitsausweises als unabdingbare Zugangsvoraussetzung zur Arbeit. Wer über dieses Zugangsmittel nicht verfügt, erfüllt die Einstellungsvoraussetzung nicht mehr, und eine Kündigung muss nicht näher begründet werden. Der/die Betreffende kann dagegen klagen, aber die Prozesse dauern mehrere Jahre...

Vollends wilden Fantasien aufgesessen ist Philippe de Villiers dort, wo er in seinem Buch gar behauptet, es sei „geläufig, dass bärtige (Islamisten) in afghanischer Kluft“ auf den Flugzeugpisten arbeiten. Als „afghanische Kluft“ bezeichnet man jene besondere Tracht (lange Pluderhosen, wallender Bart...), die erstmals in den frühen neunziger Jahren durch bewaffnete Islamisten in Algerien eingeführt worden ist, nachdem deren Kämpfer vom afghanischen Kriegsschauplatz der 80er Jahre zurückgekehrt waren. Dadurch wurde dieser Aufzug ideologischer Kämpfer auch in Frankreich bekannt, aber sie am Pariser Flughafen zu erblicken, dürfte kaum möglich sein: Alle Mitarbeiter, sei es im Gepäckbereich oder anderen Sicherheitszonen des Flughafens, müssen nämlich spezielle Sicherheitswesten mit Neonfarben tragen, auf denen der Schriftzug ihrer Firma (oder Subfirma) deutlich zu erkennen ist.

Abgrenzungsversuche des FN

Dem fanatischen Feldzug des Grafen de Villiers gegen Alles, was auch nur entfernt moslemisch wirkt, widersprechen auch Le Pen und Parteifunktionäre des Front National. Ihnen kommt es freilich gerade recht, so über eine argumentative Abgrenzungsmöglichkeit zu den Rechtskatholiken unter Philippe de Villiers zu verfügen. Im politischen Streit mit de Villiers und dem MPF hebt die Le Pen-Partei so darauf ab, das „der Islam doch gar nicht das Problem (sei), sondern die gesamte ungebremste Einwanderung“.

Am 18. März 2006 rief Le Pen etwa bei einer Debatte mit Sympathisanten in Villepreux (bei Versailles) zu diesem Thema aus: „Man kann die Probleme nicht darauf reduzieren, dass es um die Islamisierung gehe. Man muss die gesamte Masseneinwanderung aufhalten.“ Und in der rechtsextremen Wochenzeitung *Minute* vom 23. Mai 2006 erklärt der ehemalige MPF-Funktionär Pierre Audier, der frisch zum Front National übergelaufen ist, den ideologischen Unterschied zu seinen ehemaligen Parteifreunden: „Diese ‚Islamisierung Frankreichs‘ ist ein falsches Problem, und dieser Diskurs kann sich sogar als gefährlich erweisen, indem man die Religionen gegeneinander (aufwiegelt). Ich bin römisch-katholisch, und ich mag es nicht, dass man eine Religion stigmatisiert. Falls es eifernde Missionierungsversuche von Moslems in Frankreich gäbe, oder wenn die Franzosen massenhaft konvertieren würde, dann gäbe es ein großes Problem. Aber das ist nicht der Fall. Aber was stimmt, ist, dass manche Islamisten ihren Lebensstil der französischen Gesellschaft aufzwingen möchten. Aber, wenden wir unsere Gesetze an! Die Polygamie zum Beispiel ist auf dem Papier in Frankreich verboten. (...) Worauf warten wir, dass die Einwanderungsgesetze ebenfalls angewandt werden? Das wahre Problem ist nicht das der Islamisierung, sondern das der Schwäche unserer Regierung.“

Auf diesem Wege versucht Jean-Marie Le Pen, die Diskussion um das „Islamproblem“ von der Ebene der religiösen Konfrontation (auf der Philippe de Villiers sich vorwiegend bewegt) herunter zu holen und den rassistischen Kern des Anti-Einwanderungsprogramms der extremen Rechten klarer hervorzuschälen. Denn im Kern geht es ihr ja tatsächlich nicht so sehr um die Frage der Zugehörigkeit zum Islam, sondern um die Ablehnung von Zuwanderung an und für sich.

Am 11. Mai 2006 wurde Jean-Marie Le Pen ferner in dritter und letzter Instanz wegen „Aufstachelung zum Rassenhass“ gerichtlich verurteilt, weil er im April 2003 in einem Interview das Bild eines zukünftigen Frankreichs ausmalte, in dem „25 Millionen Moslems“ leben. Und in dem, laut Le Pen, „die gebürtigen Franzosen sich der Wand entlang drücken und mit gesenktem Blick vom Trottoir herunter steigen“, sobald ihnen ein Moslem entgegen kommt. Das Interview wurde gegeben, als Philippe de Villiers noch keinen ernst zu nehmender Konkurrenten für Le Pen darstellte.

Das Stimulieren negativer Gefühle gegen den Islam ist nicht zwingend, um das zentrale Anliegen der extremen Rechten (die „Reinheit“ des Landes durch Abwehr von Zuwanderung zu erreichen, und/oder eine soziale Hierarchie aufgrund von „Rassen“zugehörigkeit durchzusetzen) ideologisch zu begründen. Auf mindestens zwei ideologischen Ebenen kann die extreme Rechte auch „islam-freundliche“ Argumente oder Gefühle einsetzen:

Die eine Ebene ist das politisch-kulturelle Erbe des französischen Kolonialismus auf der Rechten: Der einstmalige Kolonialrassismus war kein auf totale Trennung zwischen den „Völkern“ bzw. „Kulturen“ abzielender – sondern er hatte die Errichtung einer sozialen Hierarchie und die „Unterordnung“ der Kolonialsubjekte unter die dominierende „weiße“ Bevölkerung zum Gegenstand und zum Ziel. Daher ist er eher ein „paternalistischer“ Rassismus, aus dessen Sicht es auch den „guten Moslem“ gibt: Nämlich jenen Moslem, der die (koloniale) Vorherrschaft der Europäer bereitwillig duldet oder ihr gar positiv zustimmt. Und der entweder die „für ihn bestimmten“ niederen Arbeiten verrichtet, oder aber auf Seiten Frankreichs im Kolonialkrieg kämpft wie die ‚Harkis‘ im Algerienkrieg 1954/62. (Einige ‚Harkis‘ oder ihre Nachfahren sind heute auch beim Front National aktiv, etwa der Kommunalparlamantarierer Sid Ahmed Yahiaoui in Marseille.) Diese koloniale Form von Rassismus hat Jean-Marie Le Pen, der 1957 als Offizier der Fremdenlegion in Algerien tätig war, in einer längeren Epoche seiner Biographie geprägt.

Die andere Ebene ist der „ethnopluralistisch“-differenzialistische Rassismus, den die intellektuelle Neue Rechte (Nouvelle Droite) in den 80er Jahren in das politische Spektrum der Rechten neu eingebracht hat. In einem Teilbereich der extremen Rechten hat sie dadurch erheblich zur ideologischen Modernisierung beigetragen. Denn der differenzialistische Rassismus versucht nicht, Hassgefühle auf Menschen zu schüren, die „anders“ sind – wie bei primitiven Ausdrucksformen von „spontanem“ Rassismus – oder den „falschen Glauben“ haben, sondern er erklärt dieses „Anderssein“

sogar zum positiven Wert. Alle menschlichen „Kulturen“ (die freilich als solche als homogene und unveränderbare Gesamtheiten betrachtet werden, so dass die Zugehörigkeit zu ihnen dem freien Willen der Menschen entzogen ist) hätten Anspruch auf Respekt. Damit aber eine jede dieser „Kulturen“ ihre Besonderheiten auch bewahren könne und respektiert sehe, müssten sie sich eben am besten getrennt entwickeln. Dabei legen die Intellektuellen der Nouvelle Droite selbst Wert darauf, dass es sich um gar keinen Rassismus handele (ja sogar um eine antirassistische Ideologie, da sie ja allen „Kulturen“ vollen Respekt entgegen bringe, im Gegensatz zu den universalistischen Ideologien, die „Gleichmacherei“ betrieben und denen es daher an solchem Respekt gerade mangele). In Wirklichkeit dient diese Ideologie im politischen Bereich aber nur dazu, mit schöneren Worten und angenehmerem Auftreten die Forderung nach „Rückführung der Immigranten in ihre Herkunftsländer“ zu begründen – da selbige dort wieder an ihre „kulturellen Wurzeln“ anknüpfen könnten.

Beide Ideologien und ihre jeweiligen Argumentationsstränge koexistierten lange Jahre hindurch innerhalb des Front National, der ja eher ein Konglomerat unterschiedlicher rechtsextremer Ideologien denn eine Organisation mit einheitlichem Ideengebäude darstellt. Neben ihnen fanden und finden sich auch noch katholisch-nationalistische Elemente wieder, für die der Islam eher den „Glaubensfeind“ darstellt. Seit der Parteispaltung des FN zwischen Le Pen- und Mégret-Anhängern, zum Jahreswechsel 1998/99, wurde jedoch die intellektuelle „Neue Rechte“ in den Reihen des Front National erheblich geschwächt. ‚Beim „historischen“ Front National, also der Rumpfpartei, überwogen nunmehr eher die traditionellen Katholiken und Alt-Kolonialrassisten.

Auch seine Kontaktaufnahmen zu Vertretern des politischen Islam (unterschiedlicher Couleur, von Erbakan bis Teheran) hat Jean-Marie Le Pen seitdem nicht erneuert. Und in seiner 1. Mai-Ansprache von 2006 schlug der alternde Chef des FN wiederum andere Töne an, die eher autoritär-republikanisch und assimilationistisch klingen.

So führte Jean-Marie Le Pen beim diesjährigen 1. Mai-Aufmarsch vor der Pariser Oper aus: „So wie die ungezügelte Immigration muss der Kommunitarismus, dessen (Träger) eine Konkurrenz der Opfer betreiben, deren Wehklagen die gebürtigen Franzosen zu Reparationsleistungen bringen soll (...) aufhören. Es ist höchste Zeit, all diese Kommunitaristen an die Prinzipien der Einen und unteilbaren Republik zu erinnern, die in der öffentlichen Sphäre weder Moslems noch Juden noch Schwule noch Lobbygruppen anerkennt, sondern nur französische Staatsbürger und das Intérêt général. Wobei dem Individuum seine volle Freiheit überlassen bleibt, seinem religiösen Kult, seinen Hobbys oder sogar seinem Spleen in der Privatsphäre nachzugehen – ohne leugnen zu können, dass Frankreich eine Nation christlicher und humanistischer Kultur ist.“ (Zitatende)

In ihrer Essenz beinhaltet diese Rede eher eine autoritäre Umdeutung der bürgerlichen Staatsideologie in Frankreich, also des universalistischen Anspruchs der Republik. Wobei letzterer freilich in Le Pens Umdeutung in einen Vorwurf an die Adresse der gesellschaftlichen Minderheiten gekehrt wird – während der ursprüngliche bürgerlich-revolutionäre Universalismus ja einstmals gerade dazu dienen sollte, auch den Minderheiten gleiche Rechte (durch den gleichen Zugang zur öffentlichen Sphäre) zu gewährleisten.

Bilanz, Schlussfolgerung:

Die Ideologie des Jean-Marie Le Pen ist im Laufe der Jahre durchaus wandelbar, bzw. unterschiedlichen Einflüssen aus divergierenden Quellen innerhalb der (je nach Strömung: national-autoritären, religiösen und nicht religiösen, postkolonial-paternalistischen, völkischen, rassistisch-biologistischen usw.) Rechten ausgesetzt. Aufgrund der neu erwachenden Konkurrenz durch Philippe de Villiers sieht Jean-Marie Le Pen sich derzeit unter Druck gesetzt. Aus diesem taktischen Moment heraus nimmt der Chef des FN zur Zeit den islamfeindlichen Diskurs sehr stark zurück, was ihm dadurch umso leichter fällt, dass er über alternative ideologische Argumentations- und Deutungsmuster innerhalb der (heterogenen) rechtsextremen Denktradition verfügt. Dabei kann er auch auf bestimmte Phasen seiner eigenen Argumentation in der jüngeren Vergangenheit zurückgreifen.

Dennoch wäre es falsch, anzunehmen, dass Le Pen dadurch plötzlich zum „Freund der Moslems“ geworden sei. Eine solche Annahme wäre absolut falsch, und seine Parteigänger betreffend wäre sie es erst recht. So erfreute sich anlässlich der 1. Mai-Kundgebung des FN in diesem Jahr ein Stand besonderen Zulaufs, an dem sich die FN-Satellitenorganisation SDF anpries. SDF ist normalerweise die französische Abkürzung für Obdachlose (sans domicile fixe), steht aber in diesem Fall für „Solidarité des français“ (Solidarität unter Franzosen). Es handelt sich um eine kleine rechtsextreme Pseudo-Wohltätigkeitsorganisation, die ab und zu an bestimmten Orten in Paris eine Art von Volksküchen veranstaltet – einen Suppenausschank für Obdachlose und andere Arme, die dadurch für rechtsextreme Propaganda gewonnen werden sollen. Diese „wohltätige Speisung“ wird aber von der Bedingung abhängig gemacht, dass die Betreffenden Schweinefleisch akzeptieren, denn auf dem Menü stehen ausschließlich Speck und Suppe mit Schweinefleischeinlage. Im Mittelpunkt steht dabei selbstverständlich die Absicht, sowohl jüdische als auch moslemische Menschen (sofern sie den Vorschriften ihres jeweiligen Glaubens folgen) fern zu halten. Am Stand dieser kleinen Organisation am 1. Mai wurde auf Handzetteln für eine Feier am Ende des Monats Mai geworben, die passenderweise auf den Namen „La fête du cochon“ (Das Fest des Schweins) getauft worden ist. Für solche Dinge begeistern sich die Anhänger, das „Fußvolk“ Le Pens. Und Le Pen provozierte während seiner Ansprache – erwünschte – Buhrufe, als er in einer Redepassage über den historischen Werdegang seiner „Nationalheiligen“ Jeanne d’Arc ausführte, welche geschichtlichen Ereignisse gleichzeitig zum Auszug dieser „Jungfrau von Orléans“ in den 100-jährigen Krieg gegen die Engländer stattgefunden haben. Die Passage „Die Türken erobern Konstantinopel und besiegeln die Islamisierung des gesamten Mittleren Osten“ quittierte seine Anhängerschaft mit Buhrufen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Alltag in Deutschland

Eine Chronik fremdenfeindlicher Vorfälle in den vergangenen Monaten

Müssen ausländische Besucher der Fußball-WM in bestimmten Gegenden um Leib und Leben fürchten? Mit seiner Warnung hat der frühere Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye eine große Diskussion ausgelöst. Dabei besteht leider kein Zweifel daran, dass in der gesamten Bundesrepublik rechtsradikale Übergriffe, antisemitische Schmierereien und fremdenfeindliche Attacken an der Tagesordnung sind. Nur: Viele Vorfälle finden kaum Aufmerksamkeit, die Berichterstattung beschränkt sich auf die lokalen Medien. Die Süddeutsche Zeitung dokumentierte eine Auswahl alltäglicher Episoden aus den vergangenen Monaten.

Gräfenhainichen, Sachsen-Anhalt, 1. Januar:

Mit Holzknüppeln und Bierflaschen schlagen sechs junge Rechtsextreme auf zwei Vietnamesen ein. Die 31 und 43 Jahre alten Asiaten tragen Blutergüsse und Schnittverletzungen davon. Die Angreifer flüchten, als Passanten einschreiten. In der Wohnung eines Tatverdächtigen beschlagnahmt die Polizei Munition, Schwarzpulver sowie CDs mit rechtsextremistischer Musik.

Hoyerswerda, Sachsen, 14. Januar:

Täter aus der rechten Szene beschmieren im Stadtgebiet von Hoyerswerda Gebäude mit Hakenkreuzen und SS-Runen und kleben NPD-Aufkleber an Fassaden. Betroffen sind hauptsächlich Gaststätten ausländischer Betreiber.

Backnang/Winnenden, Baden-Württemberg, 20. Januar:

Sechs Jugendliche im Alter zwischen 16 und 18 Jahren brüllen in einer S-Bahn ausländerfeindliche Parolen und beleidigen nach Polizeiangaben einige Passagiere „verbal und mit obszönen Gesten“. Auf dem Bahnhof Winnenden bedroht ein 16-Jähriger einen Passanten mit einem Messer und sprüht Tränengas.

Büdingen, Hessen, 4. Februar:

Unbekannte besprühen die Büdinger Marienkirche mit Nazi-Parolen und antisemitischen Sprüchen. Laut Presseberichten werden Hakenkreuze, SS-Runen und Parolen wie „Scheiß Juden“ und „Wir kommen wieder“ auf die fast 700 Jahre alte Kirche gepinselt, Der Pfarrer der Gemeinde vermutet einen Zusammenhang mit einer Veranstaltung zum 100. Geburtstag von Dietrich Bonhoeffer. Der Theologe der Bekennenden Kirche hatte sich der Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus angeschlossen und wurde 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg ermordet.

Suhl, Thüringen, 3. März:

Gegen Mitternacht greifen etwa sieben Neonazis zwei Punks in der Nähe eines Einkaufszentrums an und schlagen sie zusammen.
Wartende Passanten greifen nicht ein. Als einer der Punks hilfesuchend an die Tür eines Busses klopft, reagiert der Busfahrer nicht.

Chemnitz, Sachsen, 8. März:

Unbekannte aus der rechten Szene legen nachts vor dem jüdischen Restaurant „Schalom“ einen Schweinskopf mit einem Davidstern und der Aufschrift „Jude“ ab. Der Staatsschutz ermittelt wegen des Verdachts der Volksverhetzung.

Arnstadt, Thüringen, 11. März:

Bei einem Überfall wird ein junger Mann aus Südafrika verletzt. Unbekannte Täter beschimpfen den Mann indischer Abstammung zunächst wegen seiner Hautfarbe. Später werden sie handgreiflich und verprügeln den Südafrikaner, der als Au-Pair in Arnstadt lebte. Die Täter entkommen unerkannt, das Opfer verlässt bald darauf Deutschland.

Cottbus, Brandenburg, 18. März:

Ein 28-jähriger Mazedonier wird in einem Nachtbus von Rechtsradikalen belästigt und hin- und hergeschubst. Als der Mann den Bus verlässt, folgen ihm mehrere Jugendliche und umringen ihn, anschließend wird das Opfer zu Boden geschlagen. Der 28-Jährige kann sich wieder in den Bus retten und muss seine Gesichtsverletzungen im Krankenhaus behandeln lassen.

Hildesheim, Niedersachsen, 22. März:

Ein 25-jähriger Skinhead wirft vom Balkon in der dritten Etage eines Wohnhauses Tonbrocken auf einen türkischstämmigen 16-Jährigen und ruft rassistische Parolen. Der Jugendliche wird an der Schulter verletzt.

Obernkirchen, Niedersachsen, 22. März:

Unbekannte besudeln den jüdischen Friedhof, der versteckt in einem Wäldchen liegt, mit faschistischen Symbolen. Bereits zuvor waren im Schaumburger Land jüdische Gräber entweiht worden. In der Gegend, heißt es in einem Polizeibericht, komme es häufig zu Schmierereien und Pöbeleien mit rechtsextremistischen Hintergrund.

Neuruppin, Brandenburg, 24. März:

Vier Rechtsradikale im Alter von 15 bis 20 Jahren überfallen einen 27-Jährigen aus der linken Szene und schlagen mit einem Baseballschläger auf ihn ein.

Hagenow, Mecklenburg-Vorpommern, 1. April:

Zehn Rechtsradikale zerren einen Einwanderer aus Russland aus seinem Auto und schlagen ihn brutal zusammen. Er muss in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Polizei kann später verhindern, dass mit Knüppeln und Metallstangen bewaffnete Bekannte des Opfers die Tat rächen.

Hamburg, 1. April:

Beim Fußballspiel des Chemnitzer FC gegen den FC St. Pauli randalieren rechtsradikale, gewaltbereite Hooligans aus Ostdeutschland am Hamburger Millerntor und provozieren einen großen Polizeieinsatz. Schon vor dem Spiel kommt es zu Ausschreitungen, mit „Sieg-Heil“-Rufen stürmen Chemnitzer Fans in türkische Läden. Im Stadion stimmen rund 200 Hooligans dumpfe ausländerfeindliche Gesänge an, hissen Nazi-Fahnen und werfen Rauchbomben. Das Spiel muss unterbrochen werden.

Cham, Bayern, 4. April:

Vier Neonazis im Alter von 16 bis 19 Jahren beleidigen einen 36-jährigen Mann aus dem Irak und greifen ihn an. Der Mann wird im Gesicht verletzt und muss sich im Krankenhaus behandeln lassen. Drei der vier Täter kann die Polizei Stunden nach dem Vorfall festnehmen.

Essen, NRW, 17. April:

Drei Männer beleidigen und misshandeln einen Mann aus Sri Lanka. Der 31-Jährige wartet in einer U-Bahn-Station, als er mit den Worten „Scheiß-Ausländer“ angepöbelt wird. Als er zu fliehen versucht, stellen ihm die Angreifer im Alter von 17 bis

31 Jahren ein Bein. Der Mann stürzt, die Männer treten auf ihr Opfer ein. Zwei der Täter waren einige Wochen zuvor durch einen ausländerfeindlichen Übergriff auf einen Afrikaner aufgefallen.

Berlin-Friedrichshain, 19. April:

Ein 35-jähriger Mann jemenitischer Herkunft wird mittags von zwei 27 und 28 Jahre alten Männern am U-Bahnhof Warschauer Straße angegriffen. Einer der Täter schlägt dem Opfer eine Flasche auf den Kopf und verletzt es erheblich. Der andere Angreifer bedroht ihn mit einem Klappmesser. Die Täter können festgenommen werden.

Görlitz, Sachsen, 21. April:

Unbekannte werfen die Fenster der jüdischen Synagoge in Görlitz ein. Die im Jahr 1911 eingeweihte Synagoge ist die einzige in Sachsen, die die Pogromnacht 1938 unversehrt überstanden hat. Ihre Wiedereröffnung ist für das Jahr 2008 geplant.

Schwedt, Brandenburg, 26. April:

Ein 15-jähriger Punk, der ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Arbeit ist scheiße“ trägt, wird von drei Angehörigen der rechtsradikalen Szene zusammengeschlagen und dabei schwer verletzt.

München, Bayern, 28. April:

Drei stark alkoholisierte Skinheads im Alter zwischen 16 und 20 Jahren greifen im U-Bahn-Zwischengeschoss am Hauptbahnhof kurz nach Mitternacht zwei Kongolesen an. Nach Pöbeleien wirft eine 20-jährige Rechtsradikale eine Bierflasche und verletzt den 18-jährigen Afrikaner damit an der Stirn. Eine stark blutende Wunde ist die Folge. Der 25-jährige Kongolese kann mit seinem Handy die Polizei verständigen. Passanten, die die Neonazi-Attacke beobachtet haben, halten die Schläger bis zum Eintreffen der Polizei in Schach.

Berlin, Denkmal für die ermordeten Juden Europas, 16. Mai:

Kurz nach dem einjährigen Bestehen des Holocaust-Mahnmals sprühen Unbekannte die Parole „ Juda verrecke“ an eine der Betonstelen. Vermutlich wegen der vielen Besucher hat es in den vergangenen zwölf Monaten aber nur wenige Schmierereien gegeben: Vier Davidsterne und einige Hakenkreuz-Symbole.

Berlin-Lichtenberg, 19. Mai:

Der migrationspolitische Sprecher der Linkspartei PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Giyasettin Sayan, wird Opfer eines fremdenfeindlichen Überfalls. Zwei Männer attackieren den türkischstämmigen Politiker Sayan und beschimpfen den 56-Jährigen als „Scheißausländer, Scheißtürken“. Dann schlagen sie ihn mit einer Flasche nieder.

In der SZ vom 24./25.5.06 heißt es außerdem: *„In der Nacht zu Dienstag wurde ein Anschlag auf ein interkulturelles Zentrum gegen Rechtsextremismus im Ostberliner Stadtteil Marzahn verübt. Die unbekannten Täter schlugen ein Fenster ein und warfen zwei Molotow-Cocktails in das Gebäude. Außerdem schmierten sie Hakenkreuze an die Außenwände. Der Brand wurde von der Feuerwehr schnell gelöscht. Menschen wurden nicht verletzt“.*

Heute früh, 26.5. in den Nachrichten: Drei Afrikaner aus Mosambik wurden in Ostdeutschland (Dresden?) von 8 Nazis zusammengeschlagen….

Quellen: Polizeiberichte und Dokumentationen von Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt. Zusammengestellt von Albrecht Weisker/Nds. Flüchtlingsrat ■

Deutschland wird Abschiebeweltmeister

PRO ASYL startet Kampagne: Rote Karte für Deutschlands Abschiebetaktik. Appell an den Deutschen Bundestag: Bleiberechtsregelung gesetzlich beschließen!

Nachdem die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern sich erneut nicht auf eine Bleiberechtsregelung einigen konnte, gehen Abschiebungen auch von langjährig Geduldeten unvermindert weiter. PRO ASYL appelliert an den Deutschen Bundestag, sich seiner Verantwortung zu stellen und eine gesetzliche Bleiberechtsregelung zu beschließen. Die nächste Gelegenheit: die Beratungen des Bundestages über das Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz. PRO ASYL ruft Flüchtlingsinitiativen dazu auf, während der Fußball-WM Unterschriften für eine gesetzliche Bleiberechtsregelung zu sammeln. Bei der Vorstellung der Kampagne kritisierte PRO ASYL die rigorose Abschiebepraxis und forderte einen sofortigen Abschiebestopp bis zum Inkrafttreten einer Bleiberechtsregelung. Es sei unerträglich, dass langjährig Geduldete gegenwärtig immer noch von Abschiebungen bedroht seien. Deutschland leiste sich den fragwürdigen Luxus, 200.000 Menschen – von ihnen mehr als 120.000 länger als 5 Jahre im Lande lebend – auf Abruf hier leben zu lassen: mit einer Duldung, die die faktische Integration nicht anerkennt.

Mit verschwindend geringen Anerkennungszahlen im Asylverfahren nimmt Deutschland auch eine negative Spitzenstellung bei der Asylpraxis ein – dies trotz der durch die Abschiebung im europäischen Verbund extrem gesunkenen Zugangszahlen. Seine Favoritenstellung im Kampf um den makabren Titel eines Abschiebeweltmeisters untermauert Deutschland mit einer im europäischen Vergleich einzigartigen Strategie. Einmal gewährtes Asyl wird massenhaft widerrufen. Über 40.000 Flüchtlinge waren hiervon in den letzten Jahren betroffen. Völlig unnötig wird Flüchtlingen aus dem Irak, Kosovo, Afghanistan usw. der zum Teil vor Jahren gewährte Schutz und damit häufig das Recht auf Aufenthalt entzogen.

PRO ASYL ■

Niedersächsische Kommunen fordern Bleiberecht für Geduldete

HANNOVER. Der Druck auf das niedersächsische Innenministerium wächst: Inzwischen fordern auch einige Kommunen in Resolutionen und Petitionen ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge. Die Stadträte von Oldenburg und von Dannenberg haben sich einstimmig für eine entsprechende Regelung ausgesprochen und Forderungen an das niedersächsische Innenministerium gestellt. In Dannenberg war der Bürgermeister Peter Selber (CDU) Initiator des Ratsbeschlusses, in Oldenburg ging die Initiative von den Grünen und der Linkspartei aus. Bemerkenswert ist, dass in beiden Stadträten alle vertretenen Parteien dem getroffenen Beschluss (siehe unten) zustimmten.

Auch die Stadträte in Münster und in Freiburg haben die Bleiberechtsforderung bereits durch vergleichbare Beschlüsse unterstrichen.

Beschlossene Resolution zur Bleiberechtsregelung beschlossen auf der Ratssitzung am 29.5.06 in Oldenburg

Der Oberbürgermeister wird ausgefordert, sich gegenüber dem Niedersächsischen Innenminister dafür einzusetzen, dass auf der nächsten Innenministerkonferenz eine Bleiberechtsregelung für langjährig in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer mit Duldungsstatus („Altfallregelung“) beschlossen wird und in den Gremien des Niedersächsischen Städtetages auf eine entsprechende Entschließung hinzuarbeiten.

Ziel ist es, für die Geduldeten, die schon lange Mitglieder unserer Gesellschaft sind, eine Regelung zu finden, die sie aus ihrem weitgehend rechtlosen Status befreit und ihnen die Chance zu einem menschenwürdigen und gleichberechtigten Leben in Deutschland einräumt.

Der Entwurf war eingebracht worden von Fraktion der Linkspartei im Rat der Stadt Oldenburg und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ■

Rechtsbruch bei weiterer Sammelabschiebung aus Hamburg – Anwalt erstattet Strafanzeige

HAMBURG. In der Nacht vom 24. auf den 25. April diesen Jahres fand in Hamburg zum wiederholten Mal eine Sammelabschiebung statt. Wie die Hamburger Ausländerbehörde in ihrer Pressemitteilung bekannt gab, wurden „in bewährter Zusammenarbeit mit der Bundespolizei und weiteren Bundesländern insgesamt 24 Personen mit einem Charterflug nach Afrika abgeschoben.“ Zielländer waren Guinea, Benin und Togo.

Die 24 Flüchtlinge blieben während des Abschiebeflugs gefesselt. Allen war ein Helm über den Kopf gezogen worden. Die Polizei behauptet, dass diese Helme dazu dienen sollen, die Gefangenen vor Selbstverletzungen zu bewahren. 1999 war der Sudanese Aamir Ageeb bei dem Versuch seiner Abschiebung mit Helm und Verschnürung erstickt. Danach wurden solche Helme bei Abschiebungen verboten. Einer der Männer, der auf dem Abschiebeflug vor drei Wochen mit dabei war, hatte fast ein Jahr lang ehrenamtlich als Altenpfleger gearbeitet und hatte gerade erst zwei Monate zuvor ein Freiwilliges Soziales Jahr begonnen, als er aus seiner Wohnunterkunft geholt, ins Gefängnis gesperrt und abgeschoben wurde. Nachdem er zwei Tage in Haft in Benin verbracht hatte, war es ihm möglich, sich bei UnterstützerInnen in Deutschland zu melden. Weinend sagt er, er könne nicht essen und nicht schlafen. Immer wieder sagt er „Ich bin kaputt!“. Und: „Ich will lieber nicht mehr leben als in Benin zu bleiben.“ Bei diesem Abschiebeflug waren auch zwei Ärzte an Bord, die diesem Flüchtling zwangsweise ein Medikament verabreichten, um ihn ruhig zu stellen. Diese Ärzte machten sich folglich nicht nur zu Helfershelfern einer brutalen Abschiebemaschinerie. Sie machten sich obendrein der Körperverletzung schuldig und handelten dem von ihnen abgelegten Hippokratischen Eid zuwider, in dem es heißt: „[…] zum Nutzen der Kranken will ich eintreten und mich von jedem vorsätzlichen Unrecht und jeder anderen Sittenlosigkeit fernhalten.“

Der Anwalt des betroffenen Flüchtlings hat inzwischen Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Körperverletzung erstattet.

Der Flüchtlingsrat Hamburg protestiert aufs Schärfste gegen die zunehmende Praxis der Sammelabschiebungen, bei denen Hamburg eine Vorreiterrolle spielt. Diese Art der Abschiebungen ist gekennzeichnet durch immer brutalere Methoden und den Ausschluss der Öffentlichkeit. Wir fordern einen sofortigen Stopp aller Abschiebungen und Bleiberecht für alle Flüchtlinge!

Flüchtlingsrat Hamburg ■

Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge

ESSEN. Ende Mai beschloss der Essener Stadtrat nur gegen die Stimmen der REP einen Antrag von CDU, SPD, Grüne und FDP, der die Landesregierung auffordert, „langjährig hier lebenden Flüchtlingen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus ein Leben in Deutschland zu ermöglichen.“ Vor dem Hintergrund, dass NRW schon seit längerem auf eine Bleiberechts-Lösung drängt und die Innenministerkonferenz im Herbst 2006 einen Beschluss fassen wird, bittet der Rat das Innenministerium, der Stadt Möglichkeiten aufzuzeigen, schon vorher aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu vermeiden. Gleichzeitig erwartet der Rat von der Ausländerbehörde, dass sie „ihre Möglichkeiten und ihr Ermessen im Sinne dieses Antrages nutzt“.

Der Beschluss ist ein Erfolg der Ratsgruppe der Linkspartei.PDS. Denn der Kern des gemeinsamen Antrages der vier Fraktionen beruhte auf einem Antrag der Gruppe der Linkspartei.PDS, den sie gemeinsam mit DKP und AUF auf die Tagesordnung des Rates gebracht hatte.

Ende April scheiterte in Essen die Abschiebung der aus dem Libanon stammenden Familie Khodre in die Türkei. Die türkischen Behörden erkannten die Passersatzpapiere nicht an und schickten die Familie mit dem nächsten Flugzeug zurück nach Deutschland. Die Familie gehört zur Gruppe der libanesischen Flüchtlinge mit ungeklärter Staatsangehörigkeit, denen die Ausländerbehörde seit Jahren mit erheblichem Aufwand nachzuweisen versucht, mit falschen Papieren eingereist zu sein.

sMit rund 1.700 Menschen stellen diese Flüchtlinge die größte Gruppe der seit Jahren nur geduldeten Flüchtlinge in Essen. Darunter befinden sich ca. 65 % Kinder und junge Erwachsene, die bereits hier in Deutschland geboren bzw. aufgewachsen sind.

Aus Anlass der misslungenen Abschiebung der Familie Khodre wurde das Vorgehen der Ausländerbehörde gegenüber der Gruppe der „Ungeklärten“ einmal mehr heftig im Integrationsbeirat kritisiert. Der Rechtsanwalt der Familie stellte ausführlich die Fragwürdigkeit der aus der Türkei eingeholten Melderegisterauszüge dar, auf deren Grundlage die Passersatzpapiere ausgestellt werden. Die Frage, warum die Melderegisterauszüge zwar von der Ausländerbehörde anerkannt werden, um damit Abschiebungen durchzusetzen, aber nicht vom Standesamt, wenn es um eine Heiratserlaubnis geht, blieb im Integrationsbeirat (und im Stadtrat) unbeantwortet. Damit verletzt Essen den Grundsatz des einheitlichen Verwaltungshandelns.

Der Integrationsbeirat beauftragte seinen Vorsitzenden, Muhammet Balaban, die Situation der „Ungeklärten“ im Stadtrat darzustellen. Pro Asyl wandte sich in einem Schreiben an den Stadtrat. Ein Aufruf von Pro Asyl, „Bleiberecht für in Deutschland aufgewachsene und geborene Flüchtlingskinder“, wurde inzwischen von den Stadtsuperintendenten Michael Heering, Irmenfried Mundt und Helmut Keuss, dem Domprost Otmar Vieth, Rudi Löffelsend von der Caritas, dem DGB-Vorsitzenden Dieter Hille-

brand sowie dem grüne Ratsherr Burak Copur als Erstunterzeichner unterstützt.

Angesichts der breiten Unterstützung der Bleiberechtsforderung standen die Ratsfraktionen unter Druck und konnten den Antrag der Gruppe der Linkspartei.PDS nicht einfach ablehnen. Der nun gefasste Beschluss ist ein wichtiger Fortschritt in der Auseinandersetzung um ein Bleiberecht und ein deutlicher Fingerzeig an die Ausländerbehörde, sich mit Abschiebungen langjährig geduldeter Flüchtlinge zurückzuhalten. Vor allem die Vertreter der Flüchtlinge aus dem Libanon fühlen sich in ihren Anstrengungen, eine Lösung zu finden, bestärkt.

Gabriele Giesecke ■

Vorsichtig formuliert: Geschichts-Revisionismus von Amts wegen

Die Bundesregierung hat eine Anfrage zum aktuellen Verfassungsschutzbericht beantwortet. Dazu erklärt Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. und Mitglied im Innenausschuss:

Im aktuellen Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz wird die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) erneut als linksextremistisch gebrandmarkt. Das ist nicht neu.

Noch schlimmer ist die Begründung der Bundesregierung. Ich wollte wissen: Worin sieht die Bundesregierung die Verfassungsfeindlichkeit der VVN/BdA bei ihrem „Kampf gegen angeblichen 'Geschichtsrevisionismus'" begründet? Das Zitat stammt aus dem Bericht des Verfassungsschutzes.

Die Bundesregierung antwortete mir heute und verweist auf eine Aussage von Prof. Heiner Fink (VVN-BdA) in der Tageszeitung 'junge Welt' vom 14./15. Januar 2006: „Parallel dazu propagieren Politiker der etablierten Parteien immer öfter, dass es sich sowohl bei der DDR als auch beim deutschen Faschismus um zwei ebenbürtige Diktaturen gehandelt habe ..."

Soweit die zitierte und von der Bundesregierung offensichtlich als verfassungsfeindlich eingestufte Meinung von Prof. Heinrich Fink.

Die mir übermittelte Antwort wurde vom parlamentarischen Staatssekretär Peter Altmaier unterzeichnet. Seine Rechtfertigung lässt darauf schließen, dass er die Gleichsetzung der DDR mit dem Hitler-Faschismus für legitim und eine Differenzierung zwischen beiden Systemen für verfassungsfeindlich hält.

Das nenne ich – vorsichtig formuliert – Geschichtsrevisionismus von Amts wegen. Sie ist zugleich eine Verhöhnung jener Opfer des Faschismus, die sich in der VVN-BdA engagieren.

Petra Pau ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

:ostritt

Die taz gibt Entwarnung. „Nach jahrzehntelangem Streit zwischen den Sudetendeutschen und der tschechischen Regierung wegen der Vertriebenenfrage deutet sich eine Entspannung an", berichtet das Hausblatt der Grünen über den Sudetendeutschen Tag, der am Pfingstwochenende in Nürnberg stattfand. Zur Entspannung hat, das geht aus dem taz-Artikel hervor, auch der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Johann Böhm, beigetragen. Böhm zerstreute, berichtet die Zeitung in ernstem Ton, „tschechische Befürchtungen, bei einer Aussöhnung könnte eine Rückkehrwelle einsetzen. Von den damals Vertriebenen lebe heute nur noch ein kleiner Teil."

Für Realsatire ist die taz immer gut: Weder gibt es tschechische „Befürchtungen" vor einer „Aussöhnung", die im Sinne eines tschechischen Auf-die-Deutschen-Zugehens ohnehin völlig fehl am Platz wäre, noch ist in Tschechien unbekannt, dass die Ansprüche der Umgesiedelten nach deutschem Recht bei ihrem Tod auf ihre Nachkommen vererbt werden. Und was am Motto der Veranstaltung („Vertreibung ist Völkermord") auf „Entspannung" deuten soll, gehört auch zu den Geheimnissen der Redaktion. Die unsägliche Umdefinition der Umsiedlung zum Genozid ist schlicht und einfach die einzige Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass die Ereignisse von 1945 bis 1947 von zukünftigen Gerichten als „nicht verjährbar" eingestuft und entsprechend verfolgt werden können – ein höchst aggressiver Akt.

Bemerkenswert ist auch, was der bayerische Ministerpräsident über das Straffreistellungsgesetz vom 8. Mai 1946 zu sagen hatte. Das Gesetz – ein Jahr nach der bedingungslosen deutschen Kapitulation verabschiedet – stellt Handlungen von Strafe frei, die „in der Zeit vom 30. September 1938 bis zum 28. Oktober 1945 vorgenommen" wurden „und deren Zweck es war, einen Beitrag zum Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zu leisten". Auch Handlungen, „die eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfershelfer zum Ziele" hatten, werden in dem Gesetz für „nicht widerrechtlich" erklärt. Das Gesetz war nötig, denn sonst hätte man unter anderem den Anschlag auf den NS-Statthalter Reinhard Heydrich juristisch verfolgen müssen. Anderer Ansicht ist Edmund Stoiber, der Hauptredner auf dem diesjährigen Sudetendeutschen Tag: „In einem Europa, das sich rechtsstaatlichen Werten verpflichtet fühlt, hat ein derartiges Gesetz keinen Platz."

Keine Frage, die taz hat Recht: Bei so viel Rechtsstaatlichkeit deutet sich gewaltige Entspannung an. Und so titelt dann auch der Tagesspiegel: „Versöhnliche Töne bei den Vertriebenen". *jk* ■

Erneuter Versuch Nationalismus und Elitewahn zu etablieren

Junge Freiheit Nr. 22/06 vom 26. Mai 2006

Das Nationalbewusstsein – vor allem das angeblich fehlende deutsche – ist regelmäßiges Thema im Blatt. Karlheinz Weissmann nimmt das zwanzigjährige Bestehen des Blattes zum Anlass, den Historikerstreit wieder auszugraben. Er geht davon aus, dass es damals Habermas und anderen gelungen sei, diese Identität umzuwidmen: „Die Kombination von Westbindung und Sonderwegtabu auf der einen, Kollektivscham und dauernde Vergangenheitsbewältigung auf der anderen Seite bildet seit den achtziger Jahren die Grundlage des deutschen Selbstverständnisses." Doch Weissmann wittert Morgenluft: „Erst jetzt wird der ... entstandene Konsens in Frage gestellt, aber nicht von einer zu Einfluss gekommenen Gegenelite, auch nicht von einer jungen Generation ... Die Infragestellung geht von der Veränderung der Lage aus. Die moralische Diskreditierung der USA und der Kampf der Kulturen, die Unmöglichkeit, eine nationale Identität aus dem Geist permanenter Bußbereitschaft erwachsen zu lassen, und die faktische zeitliche Entfernung zu geschichtlichen Ereignissen, von denen trotz ununterbrochener Belehrung kaum noch etwas gewusst wird, das alles sind Faktoren, die zur Zersetzung des Selbstverständlichen führen ... Das heißt auch, dass diejenigen, die in den intellektuellen Kämpfen eben unterlegen waren, in Zukunft triumphieren können."

Auf welcher Basis dieser Triumph entstehen soll, erläutert Peter Kunze im Blatt – er ist der Auffassung, Gleichheit sei eine Lüge und propagiert ungebrochen biologisch begründete Elite- und Herrschaftsvorstellungen: „Dreh- und Angelpunkt ist die Dialektik von Freiheit und Gleichheit. Freiheit im konservativen Sinn gründet sich auf das Recht der Differenz – darauf, dass alle Menschen aufgrund ihrer biologisch-genetischen Herkunft ungleich in ihren Fähigkeiten und Leistungen sind, woraus sich Eliten und Hierarchien ergeben ... Die ‚neuen' Unterschichten (in Wahrheit die stets existierenden, aber erst durch die Wirtschaftskrise wieder aufgedeckten alten Schichten) sind somit Opfer in doppelter Hinsicht: zum einen wegen ihres Schicksals, zu den geistig Minderbegabten zu gehören, zum anderen aber wegen einer Politik, die die scheinbar menschenfreundliche Gleichheitslüge zu einem Dogma erhoben hat." Hinter Kunzes biologisch begründetem Herrschaftsanspruch steckt ein deftiges Interesse. Der Arme ist nicht nur arm, weil er dumm ist, er soll in Zukunft auch mehr zahlen: „Mit staatlichen Transferleistungen ist ein Sozial- und Wohlfahrtssystem geschaffen worden, das die Eigenverantwortlichkeit der einzelnen untergraben und das Anspruchsdenken geweckt hat. Doch jetzt ist der scheinbar ewig sprudelnde Wunderquell versiegt. In Zukunft muss unten wieder einkassiert werden, was jahrzehntelang oben abkassiert worden ist." Derartige Begründungen für Ausbeutung und Ausplünderung sind nicht neu und die damit verbundenen Interessen lange, hart und auch mit Erfolg von den Armen bekämpft worden. Sie sind nur lange nicht mehr so offen in rechten Blättern formuliert worden.

Ende des „Nationalmasochismus" in Sicht?

Junge Freiheit Nr. 23/06 vom 2. Juni 2006

Matthias Matussek, Chef des Spiegel-Feuilletons, hat ein Buch mit dem Titel „Wir Deutschen. Warum uns die anderen gern haben können" veröffentlicht. Die-

ses ist dem Blatt gleich zwei Artikel wert – sie hoffen, der Nationalismus könne grausliche Urstände feiern. Günter Zehm rezensiert: „Traditionen des Selbsthasses und der Selbstzerstörung gibt es nicht. Sie führen ... zur Auflösung und schließlich zum Untergang. Natürlich gilt das auch für das deutsche Volk. Wenn solche Erkenntnisse seit jüngstem auch in Kreisen Raum finden, in denen sich Matussek üblicherweise bewegt, ist das ein gutes Zeichen. Viele Dinge sind zur Zeit im Fluss ... Doch im geistigen Untergrund gärt es. Trendforscher halten den feuchten Finger in den Wind und registrieren unerwartete Richtungswechsel. Die Trias ‚Multikulti – Homoehe – Materialismus' ist ‚out', registrieren sie, ‚Gott – Familie – Vaterland' sind wieder ‚im Kommen'." Und die Redakteurin Doris Neujahr titelt „Ohne Nation geht's nicht" – was genau nicht „geht", erläutert sie allerdings nicht.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Junge Freiheit Nr. 24/06 vom 9. Juni 2006

„Holt unsere Soldaten heim!" titelt das Blatt – gemeint sind vor allem die Bundeswehrsoldaten, die Teil der internationalen Truppen in Afghanistan sind. Das Blatt kritisiert bereits seit geraumer Zeit die Auslandseinsätze der Bundeswehr – nicht mit pazifistischen Begründungen, sondern aus nationalistischen Gründen: „Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, die Bundeswehrsoldaten in Afghanistan endlich nach Hause zu holen. Unsere Soldaten dürfen nicht länger als Ausputzer für Kollateralschäden des amerikanischen Paninterventionismus missbraucht werden." Diesem Argument gegenüber sind die Klagen über die Gefährdung der Soldaten demagogisch – wäre der Zweck ein anderer, dürften sie den angeblichen Heldentod sterben und würden vom Blatt gefeiert.

uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507